

durch den Bundestag vollzogen werden, nachdem er sich nun konstituiert hat.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich enttäuscht war, dass Sie, Frau Höhn, sich nicht dafür bei mir bedankt haben, dass diese Landesregierung mit einer riesigen Kraftanstrengung des Ministerpräsidenten, der Wirtschaftsministerin und des neuen Umweltministers die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass unter dem Rhein und unter den Deichen des Rheins keine Kohle mehr abgebaut wird.

(Beifall von der CDU - Lachen von Bärbel Höhn [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, was haben wir in dieser Frage für ein Erbe übernommen! Wenige Tage nach der Landtagswahl haben wir über dieses Thema gesprochen. Dieses Erbe war kein Pappentier.

(Zuruf von Bärbel Höhn [GRÜNE])

Wir haben umgehend gehandelt.

(Lachen von Bärbel Höhn [GRÜNE])

Dieser Fortschritt, meine Damen und Herren, ist auch im Sinne des Hochwasserschutzes in Nordrhein-Westfalen ein ganz wichtiges Thema der neuen Landesregierung. Unter dem Rhein und unter den Deichen wird keine Kohle mehr abgebaut. Das ist ein zentraler Erfolg der Umweltpolitik dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Eine rot-grüne Regierung hat die Kraftanstrengung, keine Kohle mehr unter dem Rhein und seinen Deichen abzubauen, in den zehn letzten Jahren nicht aufgebracht. Im Gegenteil! Die Pläne wurden stattdessen unter der alten rot-grünen Regierung immer weiter getrieben. Es gab keinen Stopp.

(Zuruf von Bärbel Höhn [GRÜNE])

Deswegen ist es in diesem Zusammenhang gut, dass es eine neue Landesregierung gibt, die dieses Thema beherzt aufgegriffen hat. Sie nimmt das Thema „Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen“ ernst. Dabei hat sie durch ganz konkrete Maßnahmen und politische Entscheidungen deutlich gemacht, dass zukünftig in Nordrhein-Westfalen - ich wiederhole es noch einmal - keine Kohle mehr unter dem Rhein abgebaut wird. Damit hat ein neuer Punkt in der Umwelt- und Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen begonnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. - Meine Damen und Herren, der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/464** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss erfolgen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005) und zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und die Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung der Ersatzschulen (Ersatzschulfinanzgesetz - EFG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/300

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich dem Finanzminister, Herrn Dr. Linssen, das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu den grundlegenden Pflichten eines Kaufmanns bei der Geschäftsaufnahme gehört es als Erstes, eine Bilanz aufzustellen. Nur dann genügt er den Vorschriften des Handelsrechts.

Diese Bilanz muss über das Verhältnis des Vermögens und der Schulden Auskunft geben. Bei ihrer Aufstellung müssen die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung beachtet werden. Sie muss vor allem, so schreibt es das deutsche

Handelsgesetzbuch seit Generationen vor, klar und übersichtlich sein. Das, meine Damen und Herren, sind kurz gefasst die Pflichten eines ordentlichen Kaufmanns bei Geschäftsaufnahme.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Nun ist der Staat kein Kaufmann im handelsrechtlichen Sinne und unterliegt bei seinem Tun und Lassen nicht den Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Warum aber sollte das schaden, wenn sich der Staat auf die Grundsätze eines ordentlichen und - das füge ich hinzu - vorsichtigen Kaufmanns besinnt? Deshalb lege ich Ihnen als Finanzminister heute eine solche Bilanz vor.

Der Entwurf des zweiten Nachtragshaushalts für das Jahr 2005 ist die Abschlussbilanz von 39 Jahren roter und rot-grüner Finanzpolitik. Gleichzeitig ist er aber auch die Eröffnungsbilanz für die Arbeit der Koalition der Erneuerung. Klar und übersichtlich, meine Damen und Herren, muss eine Bilanz sein. Daran werde ich mich als Finanzminister halten. Deshalb ziehen heute mit dem Entwurf des zweiten Nachtragshaushaltes 2005 Offenheit und Transparenz in die Finanzpolitik dieses Landes ein.

(Beifall von der CDU)

Heute, mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005, müssen wir offen und klar bilanzieren, wo Nordrhein-Westfalen finanziell wirklich steht, damit wir ab morgen, also beim ordentlichen Haushalt für das Jahr 2006, transparent und sparsam haushalten können. Darauf baut unsere Finanzpolitik der 14. Wahlperiode auf, und dies wird die Haushalte prägen.

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Bilanz hat im Geschäftsleben unter anderem die Funktion, bei Kapitalgebern und Kunden für das nötige Vertrauen in die Seriosität des Unternehmens zu sorgen. Das gelingt aber nur dann, wenn die Bilanzzahlen stimmen und die Geschäftsprognosen nachher der rauen Wirklichkeit auch tatsächlich standhalten. Das war bei den Haushalten in den vergangenen Jahren eindeutig nicht der Fall,

(Beifall von der CDU)

insbesondere nicht beim Doppelhaushalt 2004/2005. Mit unrealistischen Annahmen und falsch kalkulierten Zahlen wurden von der letzten Landesregierung die Haushalte schön gerechnet und zuletzt - Sie erinnern sich - immer wackeliger zusammengezimmert. Ein Neuanfang macht es daher unbedingt erforderlich, einen klaren und eindeutigen Schlussstrich unter diese Finanzpolitik zu ziehen.

(Beifall von der CDU)

Es ist erforderlich, die Risiken der Haushalte offen zu legen und deutlich zu machen, woran wir sind: Rot-grün hat uns ein katastrophales Erbe hinterlassen.

(Beifall von der CDU)

Die Haushaltslage, meine Damen und Herren, ist dramatisch. Wie uns die Expertenkommission gestern vorgerechnet hat, wird sich die Nettoneuverschuldung des Landes bis 2010 auf über 10 Milliarden € erhöhen, wenn nicht schon mit dem Haushalt 2006 energisch gegengesteuert wird. Um die Leistungsfähigkeit des Staates zu erhalten, braucht er finanzielle Handlungsfähigkeit. Das macht einen Kassensturz und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung notwendig.

Lassen Sie mich jedoch mit den Fakten beginnen, an denen selbst die alte Regierung nicht vorbeigekommen ist. Schon nach der mit dem Haushaltsplan der alten Landesregierung vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung war für das Ende des Jahres 2005 mit einer Rekordgesamtverschuldung von 111 Milliarden € zu rechnen. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 6.146 €. An der Richtigkeit dieser Erwartung der alten Landesregierung lässt der Schuldenstand zum 30. Juni 2005 mit 106,8 Milliarden € auch keine Zweifel aufkommen.

Das Haushaltsvolumen ist in den letzten Jahren ständig gewachsen, nämlich von 44 Milliarden € im Jahre 1995 auf 49,4 Milliarden € im Jahre 2005. Mit anderen Worten: Alleine in der Zeit der rot-grünen Landesregierung stieg das Volumen um 12 %.

Die Zinslastquote, also der Anteil der Zinsausgaben am Haushaltsvolumen, ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten trotz eines kontinuierlich gesunkenen Zinsniveaus stetig angestiegen. Während diese Quote 1980 noch 3,8 % betrug - ich habe das noch erlebt, weil ich damals in den Landtag kam -, lag sie 2004 bereits bei 9,6 %. Damit wurden die Spielräume des Haushalts mehr und mehr eingeengt.

Eine gegenläufige Entwicklung lässt sich bei der Investitionsquote ausmachen. Sie ist kontinuierlich gesunken. 1980 lag sie bei 22,4 %, bis 2004 schrumpfte sie auf 9,5 % zusammen.

Und last but not least zur Personalsteuerquote. Sie liegt ohne Berücksichtigung der ausgegliederten Landesbetriebe und Sondervermögen in diesem Jahr bei 59 %. Das heißt, Nordrhein-Westfalen gibt fast 60 % seiner Steuereinnahmen für das Personal aus.

Ich habe noch bei sozialdemokratischen Finanzministern, bei Herrn Posser und Herrn Schleußer, gelernt – diese sagten das immer wieder –: Mehr als 50 % darf diese Steuerquote nicht betragen. – Sie haben gleichzeitig immer wieder erklärt: Auf mehr als 40 % darf in keinem Fall der Anteil der Personalausgaben im Haushalt steigen. – Wo sie Recht hatten, hatten sie Recht.

Meine Damen und Herren, so weit, so schlecht. Allein diese Tatsachen verhiessen den Antritt eines schweren Erbes. Doch es sollte noch schlimmer kommen.

Eine nüchterne Bestandsaufnahme – man kann auch Kassensturz dazu sagen – hat gezeigt, dass uns die Vorgängerregierung viele finanzielle Schlaglöcher hinterlassen hat. Das Aufdecken von Luftbuchungen und Unterlassungen der Vergangenheit, unrealistische Annahmen und unvorsichtige Haushaltsansätze sowie das Ziel, Schatten- und Nebenhaushalte zu bereinigen und sie dorthin zurückzuführen, wo sie hingehören, haben zu einem weiteren erheblichen Korrekturbedarf im Nachtragshaushalt geführt.

Durch geplante, aber nicht realisierte Einnahmen und nicht eingeplante, aber realistischere zu erwartende Ausgaben kommt es daher in der Summe zu Haushaltsverschlechterungen in einer Größenordnung von 2,2165 Milliarden €

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Unglaublich!)

Konkret geht es dabei, liebe Kollegen und Kolleginnen, um Mindereinnahmen von 584 Millionen € und Mehrausgaben von 1,6325 Milliarden €.

Nordrhein-Westfalen wird dafür neue Schulden aufnehmen müssen. Die Nettoneuverschuldung wird deshalb am Jahresende 7,39 Milliarden € betragen. Diese Neuverschuldung ist nichts anderes – und das betone ich erneut – als das nun offene gelegte Erbe von Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Wo ist nun der größte Korrekturbedarf entstanden? – Lassen Sie mich darauf mit einigen Schlaglichtern eingehen.

Bei der Gründung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes BLB am 1. Januar 2001 mit einer Bilanzsumme, meine Damen und Herren, von über 9 Milliarden € wurden Rückstellungen für die Altlastensanierung und erforderliche Brandschutzmaßnahmen in Höhe von 613,6 Millionen € in die Bilanz aufgenommen. Diese Rückstellungen wurden aber seinerzeit nicht mit entsprechendem Kapital hinterlegt. Das ist eine Unterlassung der Vergangenheit, durch die der Landeshaushalt bei der

Gründung des BLB zwar nicht belastet wurde; in der Praxis ist der BLB allerdings dadurch gezwungen worden, die Aufwendungen für die Rückstellungen aus dem laufenden Geschäft abzuzweigen. Mithin hat diese Unterlassung der Vergangenheit erheblich zur Unterfinanzierung des BLB beigetragen.

Wir haben uns daher entschieden, dem landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb Eigenkapital in Höhe der Rückstellung von 613,6 Millionen € zuzuführen. Damit ist insoweit eine Rückführung der Kreditbelastung des BLB möglich, die zu einem geringeren Zinsaufwand führt. Es ist klar: Für diesen Darlehensbetrag werden die Zinsen beim BLB eingespart. Das schafft Luft für die Finanzierung der Brandschutzmaßnahmen sowie der Altlastensanierung, und ein Gründungsfehler des BLB wird damit korrigiert.

Die finanzielle Last für die Sanierung von Altlasten und die Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen bei Landesliegenschaften und -bauten wird damit wieder dort angesiedelt, wo sie hergekommen ist: im Landeshaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch die landeseigene Beteiligungsverwaltungsgesellschaft BVG erhält eine Kapitalzuführung von 330 Millionen €. Ebenso wie beim BLB hat dies nichts damit zu tun – liebe Kolleginnen der SPD, die besonders betroffen sind, hören Sie gut zu –, einen Sparstrumpf anzulegen. Im Gegenteil:

(Gisela Walsken [SPD]: Was denn?)

Hier wird ein typischer Schattenhaushalt der alten Landesregierung bereinigt.

(Beifall von CDU und FDP)

Denn als die alte Landesregierung, nur um kurzfristig Haushaltslöcher zu stopfen, die landeseigenen Beteiligungen 1997 an die BVG verkauft hat, hatte diese gar nicht das Geld, sie zu bezahlen. Sie musste Schulden machen, die seriöserweise gar nicht hätten aufgenommen werden dürfen. Und wir alle wurden mit der Erwartung erheblicher Verkaufserlöse bei einer Weiterveräußerung der Beteiligungen durch die BVG ruhig gestellt. Bedauerlich ist dabei nur, dass sich diese Erwartungen bisher nicht realisiert haben.

Wir haben uns deshalb entschieden, im Sinne einer klaren und übersichtlichen Bilanz diese Schulden bei der BVG zu tilgen und sie wieder dorthin zurückzuführen, wo sie hingehören: in den Landeshaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Ausgaben für den Länderfinanzausgleich müssen um 400 Millionen € gegenüber dem bestehenden Haushaltsansatz erhöht werden, weil hier unvorsichtige Zahlen angesetzt wurden. Mit 150 Millionen € – Frau Kraft, hören Sie gut zu – wurde ein viel zu niedriger Ansatz gewählt, obwohl die alte Landesregierung gleichzeitig deutlich höhere Einnahmeerwartungen bei den Steuern auch gegenüber anderen – weitaus größeren – Ländern prognostiziert hatte.

Das passt einfach nicht zusammen, meine Damen und Herren.

(Helmut Stahl [CDU]: Manipulation!)

Das zeigt im Übrigen auch die regionalisierte Steuerschätzung von November 2004 – also viele Monate vor der Verabschiedung des ersten Nachtragshaushalts 2005. Schon damals wurden 566 Millionen € als Länder-Finanzausgleichszahlungen für Nordrhein-Westfalen prognostiziert. Wir nehmen jetzt die erforderlichen Korrekturen vor. Das heißt, der Ansatz beläuft sich nunmehr auf 550 Millionen € einschließlich der Erhöhung um 400 Millionen €, die wir vornehmen mussten.

Meine Damen und Herren, es geht noch einmal um den Bau- und Liegenschaftsbetrieb: Bislang sind im Haushalt für 2005 Darlehensrückflüsse in einer Größenordnung von 266 Millionen € veranschlagt. Bei diesen Darlehensrückflüssen handelt es sich um die Abführung von Erlösen aus Grundstücksverkäufen. Wir müssen den Ansatz von 266 Millionen € fast vollständig, nämlich um 230 Millionen €, nach unten korrigieren. Bislang hat der BLB von den vorgesehenen 266 Millionen € lediglich 36 Millionen € realisieren können. Das ist ein krasses Missverhältnis zwischen Erwartung und tatsächlicher Einnahme.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, dass ich es bei diesen vier Beispielen belasse, um die Praxis der alten Landesregierung in der Haushaltspolitik zu charakterisieren und aufzuzeigen, dass die neue Landesregierung jetzt gegensteuern musste. Wir legen damit den Grundstein für einen finanzpolitischen Neuanfang. Unsere Finanzpolitik orientiert sich an der Wirklichkeit und nicht daran, schönen Schein aufzubauen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wie der vorgelegte Nachtrag zeigt, löst sich ein solcher früher oder später ohnehin auf, und die Realität schlägt dann umso schonungsloser zu.

Meine Damen und Herren, 7,39 Milliarden € Nettoneuverschuldung - diese Zahl habe ich Ihnen eben genannt. Sie alle werden ahnen, was dazu

noch zu sagen ist: 7,39 Milliarden € Nettoneuverschuldung bedeuten, dass die Kreditaufnahme um 1,4251 Milliarden € über der sogenannten Verfassungsgrenze liegt. Nach Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung dürfen die aufgenommenen Kredite die Summe der Investitionen nicht überschreiten. Das aber ist in diesem Jahr erneut der Fall. Kurzum: Auch im Jahr 2005 wird der Landeshaushalt nicht den Anforderungen von Art. 83 der Landesverfassung entsprechen, und ich füge hinzu: auch nicht entsprechen können.

Die Frage der Verfassungsmäßigkeit von Landeshaushalten hat uns hier und vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster bereits intensiv beschäftigt. Klar ist, dass der jetzt vorgelegte Haushalt nicht der erste Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ist, dessen Verfassungskonformität zur Diskussion steht. Dazu hat der Verfassungsgerichtshof zu anderen Haushalten bereits eindeutige Urteile gesprochen.

Der nunmehr vorgelegte Haushalt ist jedoch der erste Haushalt, bei dem die Diskussion unter anderen Vorzeichen geführt werden muss. Denn die alte Landesregierung hat einerseits stets versucht, mit Scheinargumenten die Mechanismen von Art. 83 der Verfassung zu ihren Gunsten zu nutzen. Andererseits war es übliche Praxis, Haushalte einzubringen, deren Ansätze eine formale Einhaltung der Regeln des Art. 83 bis zur Haushaltsverabschiedung sicherstellten, die aber so unrealistisch waren, dass im Haushaltsvollzug die Vorgaben des Art. 83 regelmäßig nicht mehr erfüllt wurden.

Das war im Haushalt des Jahres 2003 der Fall, bei dem eine Nettoneuverschuldung von 3,76 Milliarden € geplant war, die im Nachtrag auf 5,66 Milliarden € erhöht werden musste. Abgeschlossen, meine Damen und Herren, wurde dieser Haushalt im Vollzug mit einer Nettoneuverschuldung von 6,56 Milliarden €.

Das gleiche Bild bietet der Haushalt 2004: Hier waren zunächst 5,15 Milliarden € Nettoneuverschuldung geplant. Im ersten Nachtrag wurde sie auf 6,08 Milliarden € erhöht, und im Haushaltsvollzug ergaben sich rund 6,7 Milliarden € Nettoneuverschuldung.

Dieser Akrobatik, meine Damen und Herren - das sage ich klar und eindeutig -, werden wir uns nicht bedienen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir bemühen Art. 83 der Landesverfassung nicht mit schönem Schein und überstrapazieren ebenso wenig den Tatbestand der Störung des gesamt-

wirtschaftlichen Gleichgewichts. Denn es wäre nichts als Augenwischerei zu behaupten, dass die durch den Nachtragshaushalt getroffenen Maßnahmen, nämlich die Aufnahme weiterer Schulden, geeignet und bestimmt sein könnten, eine etwaige Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren. Die Aufnahme weiterer Schulden - das habe ich anfangs bereits erwähnt - dient weitestgehend der Finanzierung geplanter, aber nicht realisierter Einnahmen und nicht eingeplanter, aber realistischerweise zu erwartender Ausgaben. Sie ist damit kein Instrument der Störungsabwehr im Sinne des Art. 83 der Landesverfassung.

Eine realistische Einschätzung der Rahmenbedingungen lässt einzig und allein den Schluss zu, den Haushalt durch die Aufnahme neuer Schulden auszugleichen. Eine Alternative zu diesem Vorgehen sieht die Landesregierung und sehe ich nicht. Die bestehende Deckungslücke lässt sich auch im Ansatz nicht durch eine kurzfristige Realisierung von Mehreinnahmen oder Einsparungen ausgleichen. Dann aber, meine Damen und Herren, bleibt als einziger Ausweg die Aufnahme von Schulden.

Zunächst einmal befinden wir uns bereits weit in der zweiten Jahreshälfte und damit mitten im Haushaltsvollzug. Des Weiteren sind die meisten Haushaltsposten nicht zuletzt durch Bewilligungen der alten Landesregierung so starr gebunden, dass Einsparungen in einer nennenswerten Größenordnung kurzfristig nicht realisiert werden können. Ich nenne Ihnen ein typisches Beispiel.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, ich weise nur darauf hin, dass die von Ihnen erbetene Redezeit zu Ende ist. Selbstverständlich können Sie aber weiter sprechen. Die Redezeit wird dann auch den übrigen Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich nenne als drastisches Beispiel das Investitionsprogramm für Krankenhausbaumaßnahmen. Dort bestehen - hören Sie gut zu - bis zum Jahr 2011 rechtliche Bindungen, die die alte Landesregierung eingegangen ist. Zurzeit steht für 2005 und 2006 kein einziger freier Euro zur Verfügung. Deshalb müssen wir mit dem Nachtragshaushalt nun sogar 30 Millionen Euro zusätzlich für dringende Maßnahmen, die natürlich in jedem Jahr vorkommen, bereitstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unmittelbar nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte am

30. Juni 2005 haben wir zwar eine Haushaltssperre verhängt, durch die Schlimmeres verhindert werden konnte. Die strukturellen Haushaltsprobleme des Jahres 2005 vermag sie aber naturgemäß nicht zu beseitigen. Schließlich sind von einer solchen Sperre alle Ausgaben ausgenommen, die rechtlich verbindlich und der Höhe nach fällig sind. Dies ist nun einmal der Löwenanteil der Ausgaben des Landeshaushalts.

Einsparungen in einer spürbaren Größenordnung ließen sich einzig und allein durch einen für mich nicht vertretbaren und nicht verantwortbaren nachträglichen Eingriff in wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge erzielen. Das hieße aber, das Risiko einer ernsthaften Gefährdung der erforderlichen Aufgabenerfüllung durch das Land und durch die Kommunen auf sich zu nehmen.

Ich halte es daher für unausweichlich und deshalb auch für vertretbar, das Defizit des Haushalts 2005 mit diesem Nachtrag durch eine erhöhte Kreditaufnahme auszugleichen. Das ist jedenfalls ehrlicher, als durch Zahlenakrobatik die Einhaltung der Kreditobergrenze der Verfassung nur vorzutäuschen.

(Beifall von der CDU)

Ich halte dieses Vorgehen gerade auch deshalb für vertretbar, weil die neue Landesregierung keinen Zweifel daran gelassen hat, dass sie alle notwendigen Schritte einleiten wird, um, beginnend mit dem ersten eigenen Haushalt 2006, wieder zu geordneten Staatsfinanzen zu kommen. Auch und gerade weil die Haushaltssituation dramatisch ist, dürfen wir die grundlegenden Perspektiven nicht vernachlässigen.

Mittelfristig steht uns ohne Zweifel eine riesige Aufgabe bevor, bei deren Lösung wir uns nicht mit Klein-Klein und Alibimaßnahmen begnügen können und dürfen. Wir bekommen die Probleme der öffentlichen Haushalte nur in den Griff, wenn wir uns an ganz klaren Grundsätzen orientieren.

Erstens. Die Einnahmen müssen wieder die Ausgaben bestimmen. Es muss mit realistischen Einnahmeprognoesen gearbeitet werden, die den Deckel für ebenfalls realistisch zu kalkulierende Ausgaben darstellen. Gleichzeitig bedarf es einer Umstellung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, wozu die neue Landesregierung bereits die ersten Schritte in die Wege geleitet hat. Zukünftig wird es zu einer Haushaltsaufstellung top-down kommen, bei der zuerst festgelegt wird, wie viel Geld zur Verfügung steht, mit dem die Ressorts dann ihre Aufgaben finanzieren können.

Zweitens. Wir brauchen mehr dezentrale Budgetverantwortung. Die Haushaltskonsolidierung ist nicht die alleinige Aufgabe des Finanzministers. Hier ist die gesamte Landesregierung mit allen ihren Ressorts gefordert - nicht zuletzt sind auch Sie, meine Damen und Herren, das gesamte Parlament, gefordert.

Drittens. Wir müssen langfristig denken. Die Haushaltskonsolidierung darf niemals nur den kurzfristigen Sparerfolg für einen Haushalt im Blick haben. Das war sicherlich bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2004/2005 hier im Parlament so. Wir müssen durch strukturelle und langfristig angelegte Veränderungen dafür sorgen, dass wir uns in der Zukunft Gestaltungsspielräume zurückerobern. Das ist dann wahrhaft soziale Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Diese Gestaltungsspielräume sind bei rund 6,5 Milliarden € strukturellem Defizit nicht mehr gegeben. Die vordringliche Aufgabe besteht darin, das Strukturproblem des Landeshaushalts zu beseitigen, um wieder wirklich ausgeglichene Haushalte verabschieden zu können. Wir arbeiten dafür, dieses Ziel schrittweise zu realisieren. Wir möchten spätestens bis zum Ende der Wahlperiode wieder zu Haushalten kommen, die die Kreditobergrenze der Verfassung einhalten. Dann machen wir uns ans Werk, einen vollständigen Abbau der Neuverschuldung zu erreichen.

Das alles wird nicht ohne Einschnitte vorstatten gehen können. Wir werden uns die Frage stellen müssen: Was kann, was muss der Staat leisten? Danach müssen wir unsere Prioritäten ausrichten.

Erste Akzente dazu finden sich bereits im Nachtragshaushalt. Wie wichtig uns Bildung und Ausbildung sind, lässt sich daran ablesen, dass wir trotz der katastrophalen Abschlussbilanz die Einrichtung von 1.000 neuen Lehrerstellen im Nachtragshaushalt finanzieren.

(Beifall von der CDU)

Um solche Gewichtigungen geht es auch bei den zukünftigen Debatten.

Wir werden uns intensive Gedanken über die Personalsituation des Landes machen müssen. Auch bei diesem Punkt bedarf es zunächst eines strukturierten Konzeptes, um die Probleme in den Griff zu bekommen.

Dazu hat die hochrangige Expertenkommission konkrete Vorschläge vorgelegt, die wir sorgfältig prüfen und sicherlich auch bereits in die Haushaltsplanungen für 2006 einbeziehen werden. Das

Ziel eines strukturellen Stellenabbaus in der engeren Landesverwaltung steht. Teil einer zielführenden Konzeption - dies wird sich im Haushalt 2006 bereits wieder finden - muss darüber hinaus der beschleunigte Abbau von kw-Stellen sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Offen, klar und transparent - so stellt sich die neue Finanzpolitik mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 im Landtag vor. Wir haben uns nicht gescheut, eine klare, eindeutige und schnörkellose Darstellung der Haushaltssituation zu liefern. Wir verhandeln ab heute - jetzt und in den kommenden Wochen - die Abschlussbilanz von Rot-Grün.

Ich bitte um die politische Rückendeckung dieses Hauses für die notwendigen Maßnahmen, um einen Schlusstrich unter diese Haushaltspolitik der Vergangenheit ziehen zu können. Dann wird sich schon bald, nämlich mit der Vorlage des ordentlichen Haushalts 2006, unsere neue Finanzpolitik beweisen können.

Diese offene, klare und transparente Politik wird geprägt sein durch das Leitbild des vorsichtigen Kaufmanns. Dann sind wir gut gerüstet, um die Finanz- und Strukturkrise des Landeshaushalts zu meistern. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Linssen hat nicht, wie von der Landesregierung angemeldet, 20, sondern 28 Minuten gesprochen. Deswegen bekommen auch die vier Fraktionen die Möglichkeit, 28 Minuten zu uns zu sprechen.

Als erste Rednerin hat Frau Abgeordnete Kraft, die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, das Wort.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Höhn hat uns vorhin bei ihrer Abschiedsrede in diesem Hohen Haus den Rat gegeben, als Opposition sollten wir die Regierung an dem messen, was sie versprochen und angekündigt hat.

Lieber Herr Finanzminister, am Tag Ihrer Amtsübernahme haben Sie eine völlige Umkehr der Haushaltspolitik in NRW verkündet. Sie wollten neben der geplanten Haushaltssperre zusätzlich eisern sparen. Damit wollten Sie auch noch sofort beginnen.

Insofern haben wir schon gespannt darauf gewartet, was sich denn von diesen Ankündigungen jetzt in diesem Nachtragshaushalt wieder findet.

Ich halte fest: Sie nehmen für dieses Jahr weit mehr Schulden auf als nötig. Sie legen sich einen Sparstrumpf aus teuer geliehenem Geld an.

(Zurufe von der CDU)

- Ich werde das gleich belegen. Zur Rechtfertigung reden Sie über eine angebliche Schlussbilanz der vorherigen Landesregierung.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch richtig! Was denn sonst?)

- Sie brauchen sich gar nicht aufzuregen. - Damit eins von vornherein klar ist: Wir entziehen uns als SPD-Fraktion nicht unserer Verantwortung. Das ist nicht unser Wille; das habe ich auch öffentlich deutlich gemacht.

(Beifall von der SPD)

Wir wissen alle - und das nicht erst seit gestern -, dass die Haushalts- und Finanzsituation dramatisch ist. Daraus haben wir auch nie einen Hehl gemacht.

(Beifall von der SPD - Zurufe von der CDU)

Alle öffentlichen Haushalte stehen vor dem harten Weg der Sanierung. Die Gespräche, die zurzeit in Berlin geführt werden, machen deutlich, vor welchen riesigen Aufgaben die Politik bei der Haushaltskonsolidierung steht, im Bund wie in den Bundesländern.

Wir haben allerdings in den letzten Jahren schon mit diesem Weg begonnen. Daran darf man ja noch einmal erinnern.

(Zurufe von der CDU)

Im Doppelhaushalt 2004/2005 haben wir etwa 1,4 Milliarden € eingespart. Von 2001 bis 2005 wurden die Ausgaben des Landes real von 49,2 Milliarden € auf 48 Milliarden € gesenkt.

Das war erst der Anfang des Weges. Das hat auch der vorherige Ministerpräsident und unser vorheriger Finanzminister hier in diesem Hause noch Anfang dieses Jahres deutlich gemacht.

Wir haben uns dieser Aufgabe gestellt. Wir wissen auch, dass wir jetzt gemeinsam gefordert sind - Regierung und Opposition.

(Rudolf Henke [CDU]: Gestellt und nicht erfüllt!)

- Ich habe Ihnen doch gerade dargelegt, wie wir diesen Weg eingeleitet haben. Entschuldigung, Herr Henke!

(Rudolf Henke [CDU]: Gestellt und nicht erfüllt!)

Wir stellen uns dieser Aufgabe. Dabei - das sage ich Ihnen sehr deutlich - werden wir auch weiterhin die soziale Ausgewogenheit zum Maßstab unserer Kooperation bei Haushaltssanierungen machen.

(Beifall von der SPD - Rudolf Henke [CDU]: Schulden sind nicht soziale Ausgewogenheit!)

- Herr Henke, warten Sie doch erst einmal ab; ich habe doch noch ein bisschen Redezeit.

Wir räumen auch klipp und klar ein, dass der Haushalt 2005 auf der Einnahmeseite Risiken enthielt, die jetzt zu Korrekturbedarf führen.

Die Mindereinnahmen, die im Nachtrag aufgelistet sind, gehen auf das Konto der alten Landesregierung und der rot-grünen Koalition. Darüber müssen wir heute nicht streiten. Das habe ich auch öffentlich gemacht, auch in Pressegesprächen dazu. Das ist das, was ich immer „Konto Rot-Grün“ genannt habe.

Beispiele dafür sind Veräußerungen von Beteiligungen, die wir nicht realisieren konnten - die hätten Sie jetzt wahrscheinlich auch gerne realisiert -, oder die Studienfonds oder die Konzessionseinnahmen aus Spielen und Wetten. Wir wissen alle, warum letztere nicht im erwarteten Ausmaß eintreten können. Das liegt daran, dass das Internet inzwischen eine größere Rolle spielt, als wir alle prognostizieren konnten.

Auch ein Teil der Mehrausgaben, die Sie jetzt neu ausweisen wollen, geht aus unserer Sicht in Ordnung. Das fällt unter die Rubrik „Hätten wir auch gemacht“. Das ergibt sich im Haushaltsvollzug, bei dem sich zeigt, dass bestimmte Ansätze nicht ausreichen. Da muss jetzt etwas draufgelegt werden. Das ist in Ordnung. Ich nenne als Beispiel nur die vorbeugenden Maßnahmen gegen die Vogelgrippe, die Schutzimpfungen. Ich nenne auch ganz bewusst die 1.000 Lehrerstellen, die wir auch hätten einstellen müssen,

(Beifall von der SPD - Zurufe von der CDU)

weil sie - wie wir hier schon mehrfach festgestellt haben - dazu dienen, die Schüler-Lehrer-Relation konstant zu halten, was wiederum im Schulgesetz seine Grundlage hat.

Bis zu diesem Punkt und in diesen Punkten besteht Konsens. Das gilt übrigens auch für den Länderfinanzausgleich. Auch die Mehrausgaben für den Länderfinanzausgleich müssen ausgewiesen werden. All dies müssen Sie jetzt tun, und wir hätten es auch gemacht.

Das Stichwort Länderfinanzausgleich gibt allerdings Anlass zu einer Frage. Die Mehrausgaben entstehen, weil die Steuereinnahmen des Landes höher sind als im Haushalt veranschlagt. Übrigens wurden diese Zahlen erst am 25. Juli bekannt. Das sage ich für diejenigen, die auf der Zuschauertribüne sitzen. Wir hätten es also gar nicht wissen können. Das ist ein etwas kompliziertes Geflecht. Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Steuereinnahmen nicht so regelmäßig sprudeln, dass sie wirklich sicher prognostiziert werden könnten.

Aber diese Mehrausgaben entstehen - ich sage es noch einmal -, weil die Steuereinnahmen des Landes höher sind als im Haushalt veranschlagt. Aus diesen Mehreinnahmen ergibt sich die Zahlungsverpflichtung.

Ich frage Sie nun, Herr Finanzminister: Wo stehen denn diese Mehreinnahmen in Ihrem Nachtragshaushalt? Ich habe sie nicht gefunden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mindereinnahmen ausweisen, Mehreinnahmen weglassen - das entspricht nicht dem Grundsatz von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das zeigt, dass schon in diesem Punkt Ihre Philosophie „klar, offen und transparent“ nicht gewährleistet ist.

Ihr Entwurf hat einen zweiten entscheidenden Mangel. Er enthält - lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen, meine Damen und Herren - keinen einzigen Einsparvorschlag. Keinen einzigen!

(Beifall von der SPD - Zuruf: Hört, hört!)

Das ist die große Wende in der Haushaltspolitik.

Sie haben Ihren Ankündigungen, eisern zu sparen, keine Taten folgen lassen. Sie verweigern jede Anstrengung, die Belastung mit neuen Schulden so gering wie möglich ausfallen zu lassen. Sie haben nicht einmal mehr nach der Deckung für Mehrausgaben gesucht. Das ist ein Armutszeugnis für den Antritt eines Finanzministers.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jetzt fragen sich natürlich die Menschen im Land, warum Sie das machen. Das ist eigentlich recht

einfach zu erklären: Sie wollen in diesem Nachtragshaushalt 2005 gar nicht sparen. Sie wollen vielmehr eine unnötig hochgefahrte Kreditermächtigung erhalten, um in den nächsten Jahren davon Gebrauch machen zu können. Das ist Ihre Strategie mit diesem Nachtragshaushalt.

(Beifall von der SPD)

Der Beweis für meine Behauptung liegt auf der Hand. Herr Finanzminister, Sie persönlich gehen davon aus, dass die von Ihnen unverzüglich verhängte Haushaltssperre Einsparungen in Höhe von 30 bis 100 Millionen € bringen wird. Das haben Sie im Haushalts- und Finanzausschuss am 22. September erklärt. Im Nachtragshaushalt findet sich davon kein einziger Euro. Absolut null.

(Beifall und Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Wo finden sich die Einsparungen durch die Haushaltssperre im Entwurf des Nachtragshaushalts? Mehrausgaben ausweisen und Mindereinnahmen weglassen? - Auch das entspricht nicht dem Grundsatz von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen ganz klar: Nach unserer Überzeugung können sowohl die Mindereinnahmen als auch die Mehrausgaben im Haushalt gedeckt werden. Dies kann durch das hohe Steueraufkommen und die verbleibenden Einsparpotenziale erreicht werden. Wir erwarten Ihre konkreten Deckungsvorschläge dafür, Herr Finanzminister. Dafür müssen Sie keine neuen Schulden machen. Das muss man den Menschen da draußen einmal klar machen.

(Beifall von der SPD)

Herr Finanzminister, es ist darum vollkommen inakzeptabel, dass die Landesregierung bewusst und gewollt den Verfassungsgrundsatz außer Acht lässt, wonach die Neuverschuldung nicht die Investitionen übersteigen darf.

(Zuruf von der CDU)

Sie weigern sich, auch nur einen einzigen Euro einzusparen, und Sie weisen Mehreinnahmen und Minderausgaben nicht im Haushalt aus. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Das gilt in besonderer Weise für die dritte Rubrik. Zwei Rubriken habe bereits ich genannt - eine Rubrik „Konto Rot-Grün“ und eine Rubrik „Hätten wir auch gemacht“.

Es gibt eine dritte Rubrik mit einem Umfang von 1,1 Milliarden €. Sie haben so schön dargestellt, dass Sie Zahlungen an den Bau- und Liegen-

schaftsbetrieb des Landes und an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft planen. Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie lösen Schulden ab, die diese Gesellschaften haben, und nehmen dafür neue Schulden in den Landeshaushalt auf. Dafür besteht keine Notwendigkeit, ja nicht einmal ein Anlass.

(Beifall von der SPD)

Sie haben die Bilanzsumme des BLB selbst genannt. Es glaubt Ihnen doch niemand, dass er finanziell wegen der Dinge in Schwierigkeiten ist, die Sie genannt haben.

(Zuruf von der SPD: Das ist Trickserei!)

Es ist ein Buchungstrick, den wir hier vorfinden. Auch das kann man den Menschen erklären: Der Finanzminister und die neue Landesregierung legen einen Sparstrumpf an. Sie tun so, als wären diese Gesellschaften bedürftig. Sie legen Geld in diese Gesellschaften hinein. Das Schöne ist, Sie können dieses Geld wieder zurückzurufen, ohne einen Landtagsbeschluss zu erwirken und ohne das Parlament zu beteiligen. Damit können Sie in den nächsten Jahren Geld aus diesen Gesellschaften zurückholen, wenn es für Sie eng wird, um damit handlungsfähiger zu sein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich fasse es noch einmal zusammen: Sie treiben den Schuldenstand des Landes im zweiten Nachtragshaushalt ohne sachliche und ohne rechtlich haltbare Notwendigkeit auf einen Rekordstand. Mit den Schulden von heute wollen Sie den Druck herausnehmen, den Sie morgen bei Ihren eigenen Haushalten haben. Sie wollen sich unter dem Vorwand der Aufstellung einer Schlussbilanz für Rot-Grün ein Polster für die kommenden Jahre anlegen. Das werden die Menschen draußen im Land verstehen. Das geht nicht durch. So kann man keine Haushaltspolitik machen, von der Sie sagen, dass sie klar, offen und transparent ist. Sie ist weder klar noch offen, und sie ist völlig intransparent.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieser Entwurf für den zweiten Nachtrag war finanzpolitisch die erste Bewährungsprobe der neuen Landesregierung. Herr Rüttgers, von Ihrem zentralen Wahlversprechen, Schulden abzubauen, findet sich kein Wort mehr. Sie haben diese Probe nicht bestanden.

Wir haben heute Morgen über die Verantwortung gesprochen, die Regierung und Landtag für die Zukunft unseres Landes tragen. Dieser Nachtragshaushalt wird unserer gemeinsamen Verant-

wortung nicht gerecht. Deshalb wird ihn die SPD-Fraktion ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Herr Abgeordneter Stahl, das Wort.

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kraft, ich muss Ihnen zugestehen, Sie hatten heute eine schwierige Rolle.

(Ralf Jäger [SPD]: Bei dem Finanzminister ist das ganz einfach!)

Es war insoweit eine schwierige Rolle, als ein Haushalt immer in Zahlen geronnene Politik ist. Das bedeutet, man kann nicht ausweichen. In Zahlen geronnene Politik bedeutet, dass Sie der neuen Landesregierung und der sie stützenden Koalition 111 Milliarden € Schulden hinterlassen haben.

(Zuruf von der CDU: Hui!)

Das ist mehr als das Doppelte des Volumens des Landeshaushaltes. Wenn ich dieses Geld in zwei Zentimeter dicken Päckchen à 10.000 € aufeinander stapeln würde, wäre das Ganze 264-mal so hoch wie der Kahle Asten. Diese Schulden belasten den Landeshaushalt mit etwa 5 Milliarden € an Zinsen pro Jahr.

(Zuruf: Mein Gott!)

Das ist fast so viel, wie früher der Wissenschaftsminister in der alten Landesregierung zur Verfügung hatte.

(Zuruf von der SPD)

Wir zahlen also an Zinsen für die Schulden fast genauso viel, wie wir in Wissenschaft und Forschung investieren können. Dies ist Ihre Bilanz. Wenn ich mir die Verteilungswirkung ansehe, beinhaltet das, dass diese 5 Milliarden € Ihnen gefehlt haben und uns fehlen, um beispielsweise für Behinderte und für unsere Schulen mehr zu tun und auch dafür, dass der Landesjugendplan besser ausgestattet ist. Dieses Geld fehlt, geht an die Banken und macht die Reichen reicher. Das ist die Verteilungswirkung Ihrer Schuldenpolitik.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben, Frau Kollegin Kraft, als Opposition ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen erstritten, verkündet am 2. September 2003. Dieses Urteil hat bestätigt, was wir wussten,

dass Sie in Nordrhein-Westfalen über Jahre eine verfassungswidrige Politik betrieben haben. In Bezug auf dieses Urteil war der Sachverhalt der, dass Sie in den Jahren vor 2001 mehr Schulden aufgenommen hatten, als Sie tatsächlich gebraucht haben, um den Haushalt auszugleichen. Sie haben damals genau den „Sparstrumpf“ angelegt, den Sie heute der neuen Regierung, dem neuen Finanzminister vorwerfen.

(Beifall von der CDU - Hannelore Kraft [SPD]: Dann hätten Sie ja Geld!)

Für hohe Marktzinsen haben Sie damals - das hat Ihnen der Verfassungsgerichtshof ins Stammbuch geschrieben - einen verfassungswidrigen Sparstrumpf angelegt, um zu manipulieren. Sie wollten damit erreichen, dass Sie in den Jahren 2001 und 2002 Geld aus dieser Rücklage entnehmen konnten, um einen verfassungswidrigen Haushalt auszugleichen.

(Beifall von der CDU - Widerspruch von der SPD - Ralf Jäger [SPD]: Schauen Sie einmal auf die Tagesordnung!)

Wenn das ansatzweise - das ist nicht ganz vergleichbar - in einem privaten Unternehmen geschehen würde, würde man sicher von Bilanzbetrug sprechen, wenn nicht gar von krimineller Energie, die dazu geführt hat, so vorzugehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, deshalb war es unklug von Ihnen, sowohl heute als auch in Ihrer Erwiderung auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten auf dieses Urteil des Verfassungsgerichtshofs Bezug zu nehmen. Sie haben sich nämlich zu der Behauptung verstiegen: Wenn die neue Landesregierung einen Haushalt vorlegt, bei dem es nicht gelingt, die Summe der Kredite unter der Summe der Investitionen zu halten - das fordert Art. 83 unserer Verfassung -,

(Ralf Jäger [SPD]: Das hat sich sogar bis zu uns herumgesprochen!)

sei dies ein Offenbarungseid der neuen Landesregierung.

Das ist verdammt starker Tobak. Sie haben in der letzten Legislaturperiode mehr als 30 Milliarden € Schulden gemacht, so viel wie nie eine Landesregierung zuvor, und werfen uns dann vor und wollen die Menschen Glauben machen, dass diese gewaltige Schuldenlast und die Zinsen, die Schuldendienste, die daraus zu leisten sind, der neuen Landesregierung anzulasten seien. - Das ist schändlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben es trotz der Verpflichtung aus dem Urteil, das Sie zitieren, getan. Die Vorgabe des Verfassungsgerichts sagt, nachzulesen in dem Urteil aus dem Jahre 2003, Seite 22: Haushaltsgefahren sind abzuwenden nicht in erster Linie durch Schulden, sondern dadurch, dass Sie alle Räume zur Schuldenbegrenzung nutzen. - Das haben Sie als alte Koalition, als alte Landesregierung unterlassen und haben damit sträflich gegen die Vorgabe des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen verstoßen.

Wenn Sie heute anmahnen, dass die neue Landesregierung einen Nachtragshaushalt zu Ihrem Haushalt vorlege, der mit der Verfassung vereinbar sei, werte Frau Kraft, ist das eine klassische Selbstanzeige, eine klassische Klage gegen sich selbst.

(Beifall von CDU und FDP)

In der Fußballsprache, Frau Kraft, würde man sagen: Die hat den Ball im eigenen Netz versenkt.

Frau Kraft, wer schreibt Ihnen eigentlich Ihre Reden?

(Rainer Schmelzer [SPD]: Das frage ich mich bei Ihnen auch immer!)

Ich glaube bald, der wackere Experte, den Sie aus Ihrem früheren Ministerium mitgebracht haben. Er hat Ihnen damals auch aufgeschrieben, dass die Hochschulen 45 Millionen € aus Studienbeiträgen bekommen, die insgesamt aber nur in der Größenordnung von 30 Millionen € fließen.

(Gisela Walsken [SPD]: Da kennen Sie sich aus!)

Im zweiten Nachtrag wird es korrigiert. Jetzt bekommen die Hochschulen 45 Millionen €, und die bleiben auch dort.

Frau Kraft, wer schreibt Ihnen eigentlich Ihre Pressemitteilungen? Wenn ich in Ihrer Pressemitteilung vom 20. September 2005 den Satz lese:

„Der BLB“

- der Bau- und Liegenschaftsbetrieb -

„ist ein gesundes Unternehmen und die BVG hat eine ausgeglichene Bilanz vorzuweisen.“

(Ralf Jäger [SPD]: Das haben Ihre Kollegen aus Ihrer eigenen Fraktion so festgestellt!)

- Kollege Linssen hat gerade etwas dazu gesagt, was eine Bilanz kennzeichnet. Das Kennzeichen einer Bilanz ist, dass sie immer ausgeglichen sein muss. Wenn man sie nicht ausgleichen kann,

muss man Schulden aufnehmen. Weil Sie die Bilanz ausgleichen mussten, haben Sie Schulden aufgenommen und bei der BVG und beim BLB belassen. Dadurch, dass wir diese Manipulation beenden, machen wir Schluss mit dem Thema Schattenhaushalte, machen wir Schluss mit Ihrer manipulativen Haushaltspolitik.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, wer lässt sich eigentlich Unsinnseffekte einfallen, die Sie hier verbreiten? Sie sagen und schreiben in Pressemitteilungen, dass die neue Landesregierung 87 Stellen geschaffen habe - es sind nur 67, wie man dem Nachtragshaushalt entnehmen kann -, und das Ganze koste 23,4 Millionen € bis zum Jahr 2010.

Das, Frau Kraft, kann man doch genauso gut anders herum - rechnen: Wir haben im Land etwa 345.000 Stellen. Die haben Sie eingestellt. Wenn ich diese mit 50.000 € pro Jahr multipliziere, komme ich etwa auf 17 Milliarden €, multipliziert mit fünf bin ich bei 87,25 Milliarden € Ausgaben. Das bedeutet, Sie sind verantwortlich für 87,25 Milliarden € Personalausgaben. Die neue Landesregierung wäre verantwortlich für 23,4 Millionen €.

Wenn ich das in Relation setze, heißt das, dass die neue Landesregierung mit diesen wirklich notwendigen Personalausgaben 0,002681 % dessen verausgabt, was Sie in den letzten Jahren verausgabt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Darüber regen Sie sich auf. Sie regen sich darüber auf, dass wir - es ist anständig, wie sich die neue Landesregierung verhalten hat - dafür sorgen, dass das Personal, das Sie in Leitungsfunktionen hinterlassen haben, eine anständige Perspektive bekommt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die haben eine Stelle!)

- Ja, natürlich haben die eine Stelle. Die müssen ja auch eine haben; denn ohne Stelle existiert im öffentlichen Dienst leider Gottes niemand. Sie haben also eine Stelle und es ist notwendig, dass eine neue Landesregierung, dass Ministerinnen und Minister, die neu ins Amt kommen, sich ein Umfeld schaffen, mit dem sie zusammenarbeiten können.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Es ist also 0,002681 % dessen, was Sie für Personal verausgabt haben! Und deshalb, Frau Kraft, dieses Theater!

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Frau Kraft, fällt Ihnen nicht der Unsinn auf, der Ihnen aufgeschrieben wird?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Fällt Ihnen nicht der Unsinn Ihrer Rechnung auf?)

Sie fragen, warum in diesem Haushalt keine Sparoperationen vorgenommen werden. Wir haben Oktober 2005. Das heißt, das Haushaltsjahr endet in zwei Monaten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben es doch angekündigt!)

Die Erwartung, dass man in einem Nachtrag großartig Einsparungen vornehmen könnte - wen wollen Sie so etwas glauben machen?

(Gisela Walsken [SPD]: Ihr Finanzminister hat das doch gesagt!)

Wenn Sie sagen, Sie hätten reale Einsparungen vorgenommen, dann sage ich Ihnen, wie die Haushaltszahlen seit 2002 aussahen. 2002 endete der Haushalt mit 47,9 Milliarden €, 2003 eine leichte Absenkung mit 47,4 Milliarden €, 2004 mit 48,1 Milliarden €, 2001 auch mit 48,1 Milliarden € und jetzt 51,7 Milliarden €. Das heißt, Sie haben im Kern die ganze Zeit mehr statt weniger Ausgaben gehabt. Und dann sagen Sie, Sie hätten weniger ausgegeben.

(Beifall von CDU und FDP)

Wie rechnen Sie das eigentlich? Wer schreibt Ihnen so etwas auf?

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Mengenlehre!)

Sie sagen, Mehreinnahmen würden nicht etatisiert. Frau Kraft, wer schreibt Ihnen so etwas eigentlich auf? Ich würde mich, wenn es eben möglich ist, von dem Menschen trennen oder ihn die Dinge tun lassen, die er tatsächlich kann. Wenn Sie sagen, es gibt Mehreinnahmen, dann müssen Sie doch gegenrechnen, dass von diesen Mehreinnahmen schon ein Batzen - etwa 430 Millionen €, wenn ich mich richtig erinnere - bereits in den Haushalt eingebucht ist. Die Mehreinnahmen können Sie nicht dreimal verteilen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo sind denn die restlichen?)

So haben Sie die ganze Zeit Finanzpolitik gemacht und wir müssen mit dem Ergebnis jetzt leben.

(Beifall von CDU und FDP - Helmut Stahl [CDU] blättert in seinen Unterlagen. - Ralf Jäger [SPD]: Konzept verloren?)

- Nein, überhaupt nicht.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das ist doch lächerlich! Das könnte Ihnen genauso passieren! So ein Quatsch! - Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist gesundheitsgefährdend, was Sie da machen!

Wir hatten soeben eine fulminante Rede des neuen Finanzministers. Das war die Rede eines nicht nur vorsichtigen, sondern auch eines ehrbaren Kaufmanns. Dagegen ist das, was Sie über Jahre vorgelegt haben, glatte Rosstäuscherei.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bilanzrechnung noch einmal nachlesen!)

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, der nächste Redner ist der Abgeordnete Rüdiger Sagel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe von der CDU: Herr Sagel, jetzt sagen Sie etwas zur Sache!)

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Wir stehen zur Haushaltskonsolidierung und zu Sparmaßnahmen, zur Haushaltsklarheit und zur Haushaltswahrheit. Doch was Sie mit Ihrem ersten Haushalt in den öffentlichen Raum stellen, das hat mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit relativ wenig zu tun. Das ist mehr als widersprüchlich.

(Zuruf von der CDU: Nachtragshaushalt!)

- Es ist nicht nur ein Nachtrag, sondern es ist auch ein Haushalt. Es ist ein konkreter Haushalt.

Der Kahle Asten ist der höchste Berg in Nordrhein-Westfalen. Den höchsten Schuldenberg in Nordrhein-Westfalen häuft jetzt die neue schwarz-gelbe Landesregierung an.

(Lachen von der CDU)

Nichts von Konsolidierung und Sparmaßnahmen zu erkennen, ein Kahler Asten der Schulden - das ist ihre erste Bilanz!

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Mindereinnahmen belaufen sich gegenüber dem ersten Nachtragshaushalt von Finanzminister Dieckmann auf insgesamt 584 Millionen €, die

Mehrausgaben betragen 1,632 Milliarden €. Die Gesamtverschlechterung beträgt daher 2,216 Milliarden €. Die Nettoneuverschuldung beträgt damit zum Jahresende 7,38 Milliarden € und stellt damit einen Rekord für eine Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen dar. Die Neuverschuldung übersteigt die Summe der zulässigen Rate um 1,4 Milliarden € und ist somit verfassungswidrig. Bisher war dieser Haushalt verfassungsgemäß.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Herr Linssen, ich kann Ihnen nur sagen: Sie hängen in einer finanzpolitischen Steilwand und sind schon beim ersten Gipfelsturm abgestürzt.

Kein Wunder! Wer keine Seilschaft in den übrigen Ministerien hat und es als Freeclimber versucht, endet mit dem Absturz. Ihr Ziel mit diesem Nachtragshaushalt ist hauptsächlich eines: Sie wollen Rot-Grün Ihre politisch motivierten Erhöhungen und die Verantwortung für diesen Kahlen Asten in die Schuhe schieben, um dann in den nächsten Jahren zu behaupten, sie kämen mit der Haushaltskonsolidierung voran.

Deswegen ist es, wie Sie das hier dargestellt haben, keine Schlussbilanz von Rot-Grün, sondern ein erstes Zeugnis von Schwarz-Gelb. Wir Grüne wollen eine soziale und ökologische Politik und tragen Korrekturen mit, wo sie denn nötig sind. Doch was CDU und FDP hier machen, ist ein Verstecken hinter angeblichen Versäumnissen und ein Tricksen mit dem Haushalt. Mit Haushaltsklarheit und -wahrheit hat das nichts zu tun. Wer Mindereinnahmen ausweist und Mehreinnahmen weglässt, hat seinen Anspruch auf Haushaltsklarheit und -wahrheit verwirkt. Das gilt auch für Minderausgaben.

Beispielhaft sei im Übrigen die Steinkohle genannt, wo vieles unklar bleibt, was Sie selber an Klarheit gefordert haben. Auch wir sind an einem Kassensturz interessiert. Wir stehen für klare, transparente Haushaltspolitik und Konsolidierung. Auch Rot-Grün hätte zusätzliche Ausgaben für den Länderfinanzausgleich ebenso in den Haushalt eingestellt wie die reduzierten Erlöse aus dem Verkauf von Beteiligungen. Das hätten wir als Grüne auch gemacht.

Auch halten wir die Schuldentilgung bei der BVG für einen akzeptablen Schritt. Allerdings, Herr Linssen: Jeder Gipfelstürmer braucht ein Basislager. Sie aber, Herr Linssen, haben es nicht einmal bis zum Basislager geschafft, sondern sind schon beim Anmarsch darauf gescheitert. Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei Ihnen weit auseinander.

Ein Kernthema des schwarz-gelben Wahlkampfes war es, immer wieder das vermeintliche Versagens der alten Landesregierung in Haushaltsfragen ins Land zu transportieren und zu erklären, dass Sie tatsächlich eine andere Politik machen wollten. Wir müssen allerdings feststellen, dass Sie selbst in Ihren Ankündigungen massiv zurückrudern mussten.

Ein Riesengeschrei haben Sie zum Beispiel über das Wasserentnahmegeld angestimmt und die sofortige Rücknahme nach der Wahl angekündigt.

(Hannelore Kraft [SPD]: So war es!)

Nichts ist passiert.

Solide Haushalte wollten Sie präsentieren. Erkennen können wir nichts.

Lange können Sie den Finger nicht mehr auf andere richten. Sie haben die Regierungsmacht. Sie müssen Ihren Ankündigungen Taten folgen lassen. Aber was tun Sie tatsächlich?

CDU und FDP sind vollmundig damit angetreten, den Haushalt zu sanieren und dauerhaft zu konsolidieren. Insbesondere im Personalbereich wollten Sie massive Einschnitte durchsetzen. Das fordert jetzt auch Ihre Haushaltskonsolidierung, die Sie in die Bredouille bringt. Stattdessen wurden 91 und nicht 67 - wie Herr Stahl es hier erklärt hat - zum Teil hoch dotierte Stellen für Parteigänger in den Spitzen der Ministerien geschaffen, Kosten: 5,5 Millionen €.

Die Grünen haben zum Beispiel beim Eintritt in die Landesregierung 1995 nur in jedem Ministerium eine einzige Staatssekretärsstelle geschaffen. Das ist das, was wir gemacht haben.

Der Finanzminister argumentiert immer damit, dass diese Stellen zur Unternehmenssanierung notwendig seien. Inwieweit Redenschreiber in der Staatskanzlei zur Unternehmenssanierung notwendig sind, das bleibt mehr als zweifelhaft. Redenschreiber sind keine Sanierer. Wenn Sie diese Stellen wenigstens etwa zur Erhöhung der Zahl der Steuerprüfer eingesetzt hätten, wäre es noch zu verstehen gewesen. Immerhin erbringt jeder Steuerprüfer ungefähr 500.000 bis 1 Million € Mehreinnahmen, was auch dem Landeshaushalt zugute käme. Doch Ihre Politik sieht da anders aus.

Wie Sie die Personalkostenreduzierung in den Folgejahren durchführen wollen, bleibt abzuwarten. Jetzt praktizieren Sie erst einmal das Gegenteil. CDU und FDP haben alle großen Personalbereiche und damit einen Anteil von über 80 % des Personals aus der Konsolidierung herausgenom-

men. Es verbleiben lediglich 30.000 bis 35.000 Stellen, bei denen Kürzungen überhaupt möglich sind. Sparen Sie davon entsprechend dem Koalitionsvertrag 1,5 % pro Jahr ein, kommen Sie pro Jahr auf nur ca. 500 Stellen insgesamt, maximal 2.500 Stellen in fünf Jahren, die Sie tatsächlich einsparen könnten, wenn Sie bei dem bisher Gesagten bleiben.

Gleichzeitig sollen laut Koalitionsvertrag 4.000 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen werden. Schon dies passt kaum zusammen. Hinzukommen sollen jährlich noch 120 Millionen € an Kosten für entsprechend 2.400 LehrerInnenstellen für Ganztagsangebote über das bisher bereitgestellte Budget hinaus. Hier werden Buchungen gleich mehrfach vorgenommen. Der Vorwurf der Luftbuchungen fällt auf den Finanzminister selbst zurück.

Die Liste ließe sich um weitere Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag oder sonstige Ankündigungen ergänzen - Exzellenzinitiative, längerer Erhalt von Horten, Qualitätsverbesserung bei der offenen Ganztagsgrundschule usw. -, die versprochen, aber bisher nicht finanziert sind.

Doch es geht noch weiter: Obwohl CDU und FDP die Regierungspräsidien abschaffen wollen und nur noch drei Regionalpräsidien auf der Mittelebene sehen wollen, war eine der ersten Amtshandlungen von Herrn Rüttgers, drei der fünf RPs abzurufen und dort unter anderem bei der Regierungsbildung zu kurz gekommene Abgeordnete unterzubringen. Auch das ist ein Teil Ihrer Haushaltsklarheit und -wahrheit und von dem, was Sie hier in diesem Haushalt machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Reiterstaffeln - deren Abschaffung war eine von uns durchgeführte Konsolidierungsmaßnahme - sollen wieder eingeführt werden. Die Reduzierung bei der Ersatzschulfinanzierung wurde durch Kabinettsbeschluss - mal eben 15 Millionen € - zurückgenommen, übrigens alles ohne Gegenfinanzierung der Kosten, die hier tatsächlich neu entstehen, also ohne Minderausgaben auf anderer Seite. Auch die Haushaltssperre wirkt in den meisten Bereichen nicht. Der Finanzminister geht von einem Gesamtsparrvolumen von maximal 30 bis 100 Millionen € aus. Auch bei den Steinkohlesubventionen wird zurückgerudert. Der RAG wird in Walsum ein ungeheurer Subventionsbetrag hinterher geworfen.

All das ist Ihre Politik, die sich in diesem Nachtragshaushalt niederschlägt. Sparvorschläge sind nicht erkennbar.

Der Nachtragshaushalt treibt die Schuldenlast in die Höhe. Mit diesem Haushalt sollen 2,2 Milliarden zusätzliche Schulden gemacht werden. Dies bedeutet eine Verschuldungsspitze in Höhe von 7,3 Milliarden. Die Verschuldung liegt damit um 1,4 Milliarden über der Verfassungsgrenze.

Der Finanzminister unterbreitet keinen Vorschlag für wirkliche Einsparungen. Seine Haushaltssperre ist ein zahnloser Tiger. Die Beratung in den Fachausschüssen hat gezeigt, dass die Ministerien nicht verausgabte Gelder im nächsten Jahr ausgleichen wollen oder sich alle wesentlichen Bereiche durch die Genehmigung des Finanzministers von der Sperre freistellen lassen. Sie haben wirklich keine Seilschaft, Herr Linssen. Sie tun mir Leid.

Es ist keineswegs so, dass Rot-Grün alles zementiert. Es gibt auch die Entscheidungen der neuen Regierung, von uns angestoßene sinnvolle Projekte fortzuführen. Von einem ressortübergreifenden Gegensteuern, was Ihre Haushaltskommission fordert - Sie haben den Bericht kürzlich vorgelegt -, ist nichts zu erkennen. Auch das steht in krassem Widerspruch.

Die Finanztricks verfälschen Bilanzen. Mit Finanztricks will die Landesregierung die Schuldenlast künstlich in die Höhe treiben, um in den Folgejahren Konsolidierungserfolge vortäuschen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Noch ein Beispiel: der BLB. Es werden Schulden bei Landesgesellschaften wie dem BLB, die keine Liquiditätsprobleme haben, abgelöst. Immerhin bedeutet dies 613 Millionen € allein für den BLB. Schwarz-Gelb will dem BLB diese Summe zur Schuldentilgung zuführen. Begründet wird dies damit, dass der BLB mit den eingesparten Zinsen Maßnahmen zur Altlastensanierung und zum Brandschutz durchführen könne.

Nach der bisherigen Konstruktion allerdings erwirtschaftete der BLB seine Mittel aus Verkäufen. Bisher ist aus der Bilanz nicht ersichtlich, dass der BLB dazu nicht auch weiterhin in der Lage sein sollte. Insofern scheint insbesondere diese Maßnahme abzulehnen zu sein und der Verdacht nahe zu liegen, dass hier entweder Rücklagen für künftige Operationen der Regierung geparkt werden oder dass die Braut für den Verkauf geschmückt wird. Wir werden sehen und erleben, was Sie mit dem BLB vorhaben, Herr Linssen.

Nicht viel anders bei der LEG: Ein bereits testierter Jahresabschluss der LEG wurde auf Interven-

tion des Bauministers zurückgezogen und die 7 Millionen Gewinn in die Rücklage gestellt. Das ist natürlich bilanziell zulässig, aber ein reiner Buchungstrick. Der Finanzminister will die Schlussbilanz von Rot-Grün schlechtrechnen und die Eröffnungsbilanz von Schwarz-Gelb beschönigen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es kann allerdings nicht sein, dass bei Überschreitung der Grenze alle darüber hinaus wünschenswerten Ausgaben in dieses Jahr gepackt werden, um künftige Haushaltsjahre von diesen Lasten zu befreien. Denn es ist auch weiterhin der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu beachten.

Ferner möchte ich auf den Punkt Stromausschreibung eingehen. Es kommt in verschiedenen Bereichen zu Mehrkosten, die wohl auf das Verhalten der Hochschulen zurückzuführen sind, die Ausschreibungen aus einer Hand nicht wollten, was es aber ermöglicht hätte, bessere Konditionen zu erreichen.

Interessant ist im Übrigen auch das Feld der Forschung: Auch hier kommt es zu Mehrausgaben. Es liegt der Verdacht nahe, dass der neue Innovationsminister, der im Moment leider nicht anwesend ist, dadurch ins Kabinett gelockt werden sollte.

Flughäfen und Landesstraßen sind weitere Dinge, die Sie aus dem Landeshaushalt finanzieren wollen. Darin sind Mehrausgaben vorgesehen, wie zum Beispiel für den Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück.

Trotz dauerhaft hoher Steuereinnahmen setzt der Finanzminister keine höheren Beträge an. Er hatte dies bereits bei seiner Pressekonferenz angekündigt: Er gehe nicht davon aus, dass der Trend das ganze Jahr über anhalte. - Dies werden wir natürlich überprüfen.

Mit großer Spannung werden wir aber auch verfolgen, was auf bundespolitischer Ebene geschieht. Die SPD hatte erklärt, sie sei gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wir werden sehen, was auf bundespolitischer Ebene letztlich herauskommt.

Interessant ist auf jeden Fall, was mit den Subventionen geschieht. Denn als echten politischen Skandal muss man das bisherige Handeln der CDU beim Subventionsabbau bezeichnen. Mehr als 6 Milliarden € jährlich hätten kurzfristig abgebaut werden können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Statt notwendige Subventionen in Forschung und Bildung zu ermöglichen, hat die CDU das im Bundesrat zum Schaden des Landes verhindert. Weiterer Subventionsabbau wäre kurzfristig möglich gewesen, wenn die CDU nicht wie die Fliege am Honig an jedem Einzeltatbestand zugunsten ihrer Klientel geklebt hätte.

Ich kann nur das Fazit ziehen: Die neue Landesregierung hat bisher nicht erkennen lassen, wie sie ihren großen Versprechungen Taten folgen lassen will.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bisher haben CDU und FDP lediglich Wahlgeschenke - wenn auch kleinere - verteilt, eigenes Personal untergebracht und einige "Bilanzkorrekturen" vorgenommen. Der Nachtragshaushalt scheint im Wesentlichen dazu zu dienen, die Schlussbilanz von Rot-Grün schlechtzurechnen und die Eröffnungsbilanz von Schwarz-Gelb zu beschönigen. So soll der neuen Regierung ermöglicht werden, auch kleinste finanzielle Veränderungen als erste Sanierungserfolge darzustellen.

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Linssen: So geht es nicht. Wir warten auf Ihre tatsächlichen Konsolidierungsvorschläge. Wir werden sehr genau verfolgen, was Sie mit dem Haushalt 2006 machen. Dieser Nachtragshaushalt ist jedenfalls ein neuer Kahler Ast der Schulden, dem wir so nicht zustimmen können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Besuchertribüne hat eine Delegation von Politikerinnen und Politikern aus Sarayacu aus Ecuador Platz genommen, um unsere Haushaltsdebatte zu verfolgen. Ich begrüße Sie im Namen unseres Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Als nächster Redner hat der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Dr. Papke, das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einbringungsrede zum Nachtragshaushalt, die wir von Finanzminister Linssen gehört haben, war die mit Abstand ehrlichste Haushaltsrede eines Finanzministers, die dieses Parlament in den letzten Jahren gehört hat.

(Beifall von FDP und CDU - Ralf Jäger [SPD]: Sie war fulminant!)

- In der Tat. - Dafür möchte ich Ihnen, Herr Finanzminister, im Namen der FDP-Fraktion herzlich danken. Es ist erkennbar, dass sich hier ein Kulturwechsel in der Haushalts- und Finanzpolitik anbahnt.

(Lachen von der SPD)

Wir alle wissen um die Herkulesaufgabe, die vor der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen liegt, diese Erblast von Rot-Grün zu bewältigen.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist eine schamlose Heuchelei!)

Heute geht es zunächst einmal darum, eine Abschlussbilanz vorzulegen und zu debattieren, die nicht anders als eine schiere Schreckensbilanz bezeichnet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zahlen sprechen doch wohl für sich. Dabei gibt es auf den Bänken der Opposition auch nichts rumzujuxen, Herr Kollege. Sie sollten sich mal anschauen, was Sie und Ihre Vorgänger aus den Reihen der Sozialdemokraten hier angerichtet haben. Damit sollten Sie sich auseinander setzen, anstatt hier den Clown zu spielen.

(Beifall von FDP und CDU)

Dieser Nachtragshaushalt markiert das Ende von 39 Jahren sozialdemokratischer und von zehn Jahren rot-grüner Misswirtschaft in der Haushalts- und Finanzpolitik.

(Edgar Moron [SPD]: Elf Jahre war die FDP dabei!)

Das ist eine haushaltspolitische Bilanz des Schreckens, Herr Kollege Moron. Das ist nun einmal so.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist alzheimerisch!)

- Wir können unsere Gedächtnisleistung gerne einmal messen, Herr Kollege Moron. Ich denke, dabei habe ich keine ganz schlechten Karten.

Wenn wir bei dem Thema sind, will ich Ihnen gerne auf die Sprünge helfen: Sie haben es doch in den letzten zwölf Jahren geschafft, den Schuldenstand dieses Landes zu verdoppeln. Und dann setzen Sie sich hier hin und lächeln so wohlgefällig?

(Gisela Walsken [SPD]: Warum tun Sie dann 2 Milliarden drauf und sparen nicht ein?)

Sie haben die Prokopfverschuldung seit 1995 - das ist ein besonders interessantes Datum, weil seitdem auch die Grünen über dieses Land ge-

kommen sind - von damals 3.500 € auf über 6.100 € erhöht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir haben uns schlichtweg gegründet! Wir sind nicht vom Himmel gefallen!)

Der Finanzminister hat all die Daten vorgetragen.

Der Haushalt ist ja nicht nur quantitativ aus dem Ruder gelaufen, sondern befindet sich auch qualitativ in einer extremen Schieflage. 1980 betrug der Personalkostenanteil am Haushaltsvolumen noch 37,7 %; inzwischen sind es 43 %. Nahezu 60 % der Steuereinnahmen gibt das Land für Personalkosten aus. Die Zinslastquote betrug 1980 noch 3,8 %. Heute sind wir bei 10 %, und das trotz der günstigen Zinsentwicklung. 13 Millionen € muss dieses Land täglich allein zur Bedienung seiner Schulden ausgeben.

Sieht man sich auf der anderen Seite die Entwicklung der Investitionsquote an, mit der wirklich in die Zukunft investiert wird, ist die logische Konsequenz Ihrer hemmungslosen Verschuldungspolitik, dass für Investitionen immer weniger übrig geblieben ist. 1980 lagen wir hier noch bei 22,4 % - ich will gar nicht in die späten 60er-Jahre zurückgehen -, im Jahr 2004 sind es nur noch 9,5 % Investitionsquote.

Wenn ich mir überlege, dass Bayern - ich nenne den Freistaat Bayern ungern als Beispiel, weil ich dafür ein viel zu überzeugter Nordrhein-Westfale bin - für das nächste Jahr einen ausgeglichenen Landeshaushalt angekündigt hat, kann man sich vorstellen, welche Möglichkeiten dort in den nächsten Jahren bestehen werden, in Zukunftstechnologien, Bildung, Forschung und Innovation zu investieren.

Das heißt, der strukturelle Wettbewerbsnachteil, der Rückstand, den Sie uns nach dem Votum der Bürgerinnen und Bürger als Erblast haben übergeben müssen, droht jetzt noch weiter anzuwachsen, weil Bayern einfach eine ganz andere Voraussetzung hat. Sie sehen also, welche Weiterungen diese Verschuldungspolitik nach sich zieht, die wir hier heute letztmalig mit Blick auf die Gesamtbilanz Ihrer Schulden debattieren müssen.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist definitiv an den Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen. Das hat auch die unabhängige Finanzkommission gestern noch einmal bestätigt. Ohne Gegenmaßnahmen, so die Aussage der Kommission, würde das jährliche Defizit bis 2010 auf rund 10 Milliarden € ansteigen.

Sehr verehrte Frau Kollegin Kraft, angesichts dieser Zahlen, die doch wirklich für sich sprechen,

die durch noch so wohlfeile rhetorische Übungen nicht einfach wegzuwischen sind, meine ich, dass Ihnen ein einziges Mal, Frau Kollegin Kraft, wenigstens in dieser Debatte etwas mehr Bescheidenheit und Einsichtsfähigkeit sehr gut zu Gesicht gestanden hätten.

(Beifall von FDP und CDU)

Wenigstens an diesem Punkt habe ich gehofft, dass Sie ans Rednerpult gehen und sagen werden: Jawohl, die Sozialdemokraten haben in den vielen Jahren ihrer Regierungsverantwortung eine Verschuldungspolitik betrieben, die aus Sicht des Jahres 2005 ein Fehler war. - So viel Ehrlichkeit und Offenheit hätte ich wenigstens an dieser Stelle von Ihnen erwartet. Aber auch dazu sind Sie nicht fähig oder willens, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Stattdessen - das ist einfach nur noch bizarr zu nennen; das ist eine Form der Realitätsverdrängung, die mir in all den Jahren meines politischen Engagements in dieser Form wirklich noch nicht untergekommen ist - drehen Sie das, was Sie sich selber haben zuschulden kommen lassen, gegen die neue Landesregierung, indem Sie etwa sagen - so haben Sie es gerade ausgeführt -, die neue Landesregierung lege Sparstrümpfe aus teuer geliehenem Geld an.

Frau Kollegin Kraft, das scheinen Sie zu verwechseln. Wissen Sie, wer das so gemacht hat? Das war Ihr Exfinanzminister und Exregierungschef Peer Steinbrück. Der hat das so gemacht. Der hat sich beim Verfassungsgerichtshof eine schallende Ohrfeige abgeholt, weil er Sparstrümpfe auf Pump angelegt hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Und Sie stellen sich hier ratzfatz hin und drehen das gegen die neue Landesregierung. Das ist intellektuell nicht mehr nachvollziehbar. Entschuldigung! Sie beklagen die fehlende Verfassungsmäßigkeit der Haushaltspolitik der neuen Landesregierung. Das ist ein Stück aus dem Tollhaus. Wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern das wirklich auftischen? Die werden Ihnen das, Frau Kollegin Kraft, nicht glauben.

Fast noch „besser“ ist, dass Sie hier allen Ernstes ausführen, die soziale Ausgewogenheit werde auch weiterhin der Maßstab sozialdemokratischer Haushaltspolitik sein. Die soziale Ausgewogenheit! Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Es gibt keinen schlimmeren Verstoß gegen soziale Gerechtigkeit, als über Jahrzehnte zulasten unserer Kinder und Enkelkinder das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger des Landes zu verfrühstücken!

Das ist ein Verstoß gegen das Gebot der sozialen Gerechtigkeit!

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben den Haushalt dieses Landes, die Landeskassen und das Land insgesamt in einer Art und Weise für Ihre sozialdemokratische Verteilungspolitik ausgeplündert, die bundesweit wirklich ohne Beispiel ist. Und dann stellen Sie sich hier hin und fabulieren etwas von sozialer Gerechtigkeit als Maßstab sozialdemokratischer Haushaltspolitik! Sie haben doch gar nichts mehr übrig gelassen, was man noch verteilen könnte. Das ist doch die Bilanz, die auch in diesem Nachtragshaushalt nachzulesen ist. Noch einmal: Die unabhängige Finanzkommission hat Ihnen das gestern auch attestiert.

Meine Damen und Herren, der Nachtragshaushalt ist die Erblast von Rot-Grün; das ist überhaupt nicht zu bezweifeln. Die neue Landesregierung ist für weniger als 3 % des Volumens dieses Nachtragshaushalts verantwortlich. An den Maßnahmen aber kann man sehen, was man auch mit vergleichsweise wenig Geld, auch mit weniger als 3 % eines Nachtragshaushalts - wir müssen angesichts der Haushaltslage dieses Landes jeden Euro umdrehen -, an sinnvollen politischen Impulsen setzen kann. Da sind die 1.000 neuen Lehrerstellen drin, da ist „Geld statt Stellen“ drin, da ist die Rücknahme der Kürzungen bei den Ersatzschulen drin.

(Gisela Walsken [SPD]: Ohne Not!)

Da sind Zehntausende zu Recht auf die Barrikaden gegangen, als Sie Ihre Versprechen gegenüber den Privatschulen gebrochen und die leistungsfähigsten Schulen unseres Landes unter einen inakzeptablen politischen Druck gesetzt haben.

(Zurufe von Ralf Jäger und Edgar Moron [SPD])

Das war Ihnen egal. Ausgerechnet an der Stelle, Herr Kollege Moron, wo nachweislich mit die besten Bildungsergebnisse in Nordrhein-Westfalen produziert werden, haben Sie langjährige Finanzierungszusagen kurzfristig gebrochen. Wir haben das repariert.

(Bärbel Höhn [GRÜNE]: Das war völlig überflüssig!)

Deshalb der herzliche Dank meiner Fraktion an die Landesregierung, dass dieser Strukturdefekt so schnell behoben worden ist.

(Beifall von der FDP)

Wir haben auch über den Bohei geredet, den Sie mit Blick auf die angebliche Stellenvermehrung veranstaltet haben. Da liegen die Fakten inzwischen auf dem Tisch. Mit der Verunsicherungsstrategie sind Sie einige Tage in den Medien dieses Landes ganz gut gelaufen, indem Sie insinuiert haben, hier würden Hunderte Stellen für Parteigänger der neuen Landesregierung geschaffen.

(Gisela Walsken [SPD]: Knapp 100 sind es geworden!)

Das hat sich inzwischen, Frau Kollegin, doch alles als Schall und Rauch erwiesen.

(Widerspruch von der SPD)

Wir wissen mittlerweile, wie viele Stellen es sind.

(Gisela Walsken [SPD]: 91!)

Und was noch viel besser ist, Frau Kollegin Walsken - da hätten Sie einmal bei der Debatte im Hauptausschuss dabei sein sollen -: Wir wissen doch inzwischen, dass ein nicht unerheblicher Teil dieser Stellen auf Bitten des abgewählten Ministerpräsidenten geschaffen worden ist,

(Hannelore Kraft [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

um Leute aus dem Umfeld der alten Landesregierung, die aufgrund ihrer früheren Loyalität nicht mehr den Wunsch hatten, auch der neuen Landesregierung im engeren administrativen Bereich zuzuarbeiten, auf andere Planstellen versetzen zu können. Das heißt, der Ministerpräsident und die neue Landesregierung gehen auf diesen persönlich vorgetragenen Wunsch des ehemaligen Ministerpräsidenten ein, und Sie stellen sich hin und beklagen die angebliche Parteibuchwirtschaft der neuen Landesregierung.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie sind die Mutter Theresa der FDP!)

Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie Sie hier Oppositionspolitik inszenieren. Aber Sie haben ja auch bei der Debatte über die sogenannte Imagekampagne im Hauptausschuss gesehen, dass so etwas auf Dauer nicht gut gehen wird.

Schattenhaushalte, falsche Haushaltsansätze, Luftbuchungen und andere Tricks - das waren die Markenzeichen rot-grüner Haushaltspolitik. Scheinprivatisierung auf Pump! Die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft ist da bemerkenswert. Dass hier Privatisierungserlöse, die in der Realität noch gar nicht vorgelegen haben, auf Pump verbucht wurden, ist wirklich bemerkenswert. Seit 1997 hat die Landesregierung in großem Stil sol-

che Zahlungen vereinnahmt und zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet.

Meine Damen und Herren, das ist ein klassisches Beispiel für einen Schattenhaushalt. Dass der Finanzminister das jetzt repariert und den Schattenhaushalt aufgelöst hat, ist genau das, was wir von ihm erwarten. Damit wird Klarheit geschaffen. Sie haben Schulden versteckt. Der Finanzminister macht diese Schulden transparent.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] -
Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Das ist der Vorgang. Sie haben diese Konstruktion, Frau Kollegin Kraft, seinerzeit auch gewählt, weil Sie wussten: Die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft ist wirklich nur etwas für Finanzexperten. Solche Operationen waren immer sehr schön an der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vorbei zu installieren. - Wir machen Schluss damit.

Dass der Schattenhaushalt aufgelöst worden ist, war eine unbedingte Notwendigkeit. Das gleiche gilt weiterhin für die nötige Kapitalzuführung von 330 Millionen €, damit die BVG jetzt in der Lage ist, sich dauerhaft zu entschulden.

Im Übrigen hat auch Herr Kollege Remmel, der gerade telefoniert, in der „Welt am Sonntag“ am 2. Oktober die Notwendigkeit eingeräumt, diese Kapitalzuführung vorzunehmen. Wenn ich das richtig im Kopf habe, Herr Kollege Remmel, haben Sie ausdrücklich darauf hingewiesen, auch eine rot-grüne Regierung hätte eine solche Kapitalzuführung vornehmen müssen.

Die Eigenkapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb ist ebenfalls eine zwingende finanz- und haushaltspolitische Notwendigkeit gewesen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Nee, nee, nee!)

Meine Damen und Herren, mit solchen und ähnlichen Haushaltsmanipulationen wird nun endgültig aufgeräumt. Dieser Nachtragshaushalt ist der erste Schritt der haushaltspolitischen Abschlussbilanz. Mit Manipulationen wird Schluss gemacht. So etwas wird es mit der neuen Koalition und der neuen Landesregierung in Zukunft nicht mehr geben.

CDU und FDP stehen für Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Auch diese Botschaft geht von diesem Nachtragshaushalt aus. Dieser Nachtragshaushalt bedeutet einen Einschnitt. Es wird Schluss sein mit der hemmungslosen Verschuldungspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte.

(Carina Gödecke [SPD]: Wie bitte? - Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE] - Carina Gödecke [SPD]: Können Sie mir die entsprechenden Stellen einmal zeigen?)

Wir werden, nachdem wir den Bürgerinnen und Bürgern diese Abschlussbilanz vorgelegt haben, an die Herkules-Aufgabe herangehen. Das wird ein mühsamer Prozess. Es wird schon in diesen Wochen deutlich, dass die Koalition und die Landesregierung, die von dieser Koalition getragen wird, den Mut aufbringen müssen und aufbringen werden, in mittelfristiger Perspektive so schnell wie möglich einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen. Dann wollen wir in nicht allzu ferner Zukunft daran gehen, den Schuldenberg abzutragen, den Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgehäuft haben.

(Carina Gödecke [SPD]: Wann denn? - Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist reine Suggestion! - Carina Gödecke [SPD]: Das ist unglaublich!)

Zum Abschluss will ich Ihnen prognostizieren: Sie werden sich so nicht aus Ihrer Verantwortung stehlen können. Sie können manche Show veranstalten - in den Medien oder auch in Parlaments-sitzungen. Aber niemand im Land - weder die Zuhörerinnen und Zuhörer, die heute die Debatte verfolgen,

(Edgar Moron [SPD]: Die sind alle eingeschlafen!)

noch die Bürger, die die Debatte im Nachhinein aufarbeiten - wird Ihnen diese Show abkaufen, die Sie heute vorgetragen haben.

(Edgar Moron [SPD]: Woher wissen Sie das denn?)

Dass sich die Finanz- und Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen so desaströs darstellt, wie es der Finanzminister heute vorgetragen hat, ist allein Ihre Schuld und liegt allein in Ihrer Verantwortung.

(Zuruf von der SPD: Alles Textbausteine!)

Wir haben von den Bürgerinnen und Bürgern die Verantwortung übertragen bekommen,

(Zuruf von der SPD)

das jetzt abzuräumen, Herr Kollege Moron.

(Edgar Moron [SPD]: Sie bauen doch gar nichts ab!)

Sie haben über viele Jahrzehnte bewiesen, dass Sie zu einer soliden Haushaltspolitik nicht willens und/oder nicht in der Lage sind.

(Edgar Moron [SPD]: Bis jetzt haben Sie nur Ausgaben beschlossen und nirgendwo gespart!)

Wir werden das besser machen. Der Auftakt, den der Finanzminister vorgetragen hat, zeigt, dass wir bei dieser Herkulesaufgabe auf der richtigen Spur sind.

(Edgar Moron [SPD]: Wir warten auf Ihre Sparvorschläge!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nach dieser ersten Runde gehen wir ohne Pause in die zweite. Als erste Rednerin hat Frau Abgeordnete Walsken für die SPD-Fraktion das Wort.

(Edgar Moron [SPD]: Kein Euro wurde bis jetzt gespart! - Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie sollten doch ruhig sein! - Gegenruf von Edgar Moron [SPD] - Weitere Zurufe - Glocke)

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Papke, Sie können sich nicht hier hinstellen und sich darüber aufregen, dass Rot-Grün in diesem Land Schulden gemacht hat und - fast ohne rot zu werden und nahezu ohne jede Kenntnis der Haushaltspolitik -

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

am selben Tag anderthalb Stunden vorher einen Haushalt vorlegen, der 2,2 Milliarden € neue Schulden aufnimmt.

(Carina Gödecke [SPD]: Neue Schulden!)

- Neue Schulden, Herr Kollege!

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das sind Ihre Schulden! - Lachen von SPD und GRÜNEN - Edgar Moron [SPD]: Ja, ist das denn die Möglichkeit?)

Herr Papke, es zeigt sich: Sie waren noch nie im Haushaltsausschuss. Das war beim Kollegen Stahl etwas leichter. Er war zumindest eine Zeit lang dabei und weiß, wovon er redet.

Herr Papke, Sie sollten zumindest rot werden, denn dieser Haushalt ist Ihr Haushalt. Sie sind die neue Landesregierung. Sie werden dafür auch die Verantwortung tragen, lieber Kollege.

(Rudolf Henke [CDU]: Das ist Ihr Ergebnis!)

2,2 Milliarden € neue Schulden legt uns die neue Landesregierung bestehend aus Gelb und Schwarz - Kollege Papke von der FDP und Kollege Stahl von der CDU haben dazu heute schon geredet - heute vor - ohne rot zu werden.

Herr Kollege Papke, ich erspare mir an vielen Stellen, auf Ihre Ausführungen einzugehen. Denn das spricht eigentlich für sich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist der einfachste Weg, wenn man keine Argumente hat!)

- Warten Sie. Bleiben Sie und Sie werden Argumente hören. Ich gebe Ihnen gern hinterher meine Rede auch noch schriftlich. Damit können Sie dann umgehen.

Ist Kollege Stahl nicht da? Doch; er sitzt ganz oben. Ich möchte ganz gerne wenige Punkte aus der Rede vom Kollegen Stahl aufgreifen. Er hat ja immerhin Grundkenntnisse in der Haushaltspolitik. Kollege Stahl, Sie haben vorhin das Thema „Personalkosten“ angesprochen. Sie haben auf den Bericht Ihrer Experten- oder Finanzkommission - wie immer man sie nennen will. Danach ist klar - wir lesen es heute in allen Zeitungen -, dass die Kommission plant, in diesem Land jede zehnte Stelle zu streichen. Was das heißt, werden wir sehen. Es wird massiv sein.

Aber, Kollege Stahl, wie werden Sie denn klar kommen, wenn Sie sich an dieses Pult stellen und sagen: Ich rechne pro Stelle mit 50.000 €. Die Kommission hingegen geht von 100.000 € pro Stelle aus. Wen oder was wollen Sie denn dann noch einsparen? Dann kommen Sie mit jeder zehnten Stelle nicht mehr aus.

Hierbei müssen Sie sehr seriös mit Haushaltszahlen umgehen. Denn es betrifft über 340.000 Menschen in diesem Land, die beim Land beschäftigt sind und die jetzt Angst davor haben, was Sie machen werden. Deshalb: Seien Sie seriös. Es wird Ihnen entgegenschlagen. Es wird Ihnen Probleme bereiten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Damit nicht der Eindruck entsteht, Rot-Grün stehe nicht zu seiner alten Verantwortung: Es hat sehr wohl eine Verfassungsklage gegeben. Liebe Kollegen, wir haben vor dem Verfassungsgerichtshof verloren. Dafür hat uns die damalige Opposition sehr gescholten. Aber wir haben gehandelt. Wir haben die damalige Rücklage aufgelöst. Auch nur dieser Teil des Haushaltes war verfassungswidrig und nicht der gesamte Haushalt. Es wäre gut, auch das noch einmal nachzusehen.

Herr Kollege Stahl - er möchte jetzt nicht zuhören, denn er möchte die Fakten offensichtlich nicht wissen -, wir haben die Rücklage in den Haushalt hineingeführt. Und was machen Sie? - Sie geißeln unseren Verfahrensbruch und legen einen Haushalt vor, der nicht mit der Verfassung im Einklang steht, nämlich 1,4 Milliarden € unterhalb der Verfassungsgrenze liegt.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Stahl, Sie brauchen nicht aus dem Plenarsaal herauszugehen, um zu dokumentieren, dass Sie das nicht interessiert. Sie wären gut beraten, hier zu bleiben und mit uns darüber zu diskutieren; denn allzu leicht kann man den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande nicht klar machen, wie man hier zurzeit Haushaltspolitik betreibt. Hier ist ein bisschen mehr Sorgfalt gefragt.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Nachtragshaushalt zurückkommen. Die Einbringung eines Nachtragshaushaltes ist ein ganz normales Geschäft von Landesregierung und Landesparlament. Ich nehme gerne noch einmal auf, was meine Kollegin Hannelore Kraft heute Morgen gesagt hat. Wir stehen zu unserer Verantwortung. Wir haben eine Reihe von Korrekturen anerkannt, von denen ganz klar ist, dass wir, weil sie Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen bedeuten, sie hätten finanzieren müssen. Ich gebe zu, dass es auch uns zu diesem Zeitpunkt nicht leicht gefallen wäre, die Kosten zu finanzieren.

(Zuruf von der CDU)

- Hören Sie doch zu. Sie sind immer zu schnell. Bleiben Sie ruhig, Herr Kollege. Sie werden es hören.

Wir haben es allerdings im Gegensatz zu Ihnen in den vergangenen Jahren, in denen wir hier Verantwortung trugen, immer wieder geschafft, einen verfassungsmäßigen Haushalt in diesem Parlament vorzulegen. Sie hingegen, Herr Kollege, beginnen Ihre Amtszeit damit, die Grundsätze von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit eklatant zu missachten.

(Beifall von der SPD)

Ich greife gerne noch einmal das Thema „sprudelnde Steuerquellen“ auf.

(Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

- Ruhig, Herr Kollege. Das ist nicht gut für die Gesundheit. Wir können uns gleich gerne darüber in aller Ruhe unterhalten.

Die Wachstumserwartungen sind korrigiert worden. Trotzdem rechnen die Experten damit - Sie

werden ja sicherlich auch das eine oder andere Mal Zeitung lesen und bei den Instituten nachfragen -, dass die Steuerschätzung, die in etwa 14 Tagen ansteht, nicht zu einer Korrektur der Steuerprognosen führen muss. Das hat damit zu tun, dass wir nach der Mai-Steuerschätzung nun ein Plus bei den Steuerquellen zu verzeichnen haben. Aber wer nun glaubt, dass die erforderlichen Mehrausgaben, die auch wir anerkannt haben, über zusätzliche Steuereinnahmen finanziert werden, die dieses Land hat und von denen der Finanzminister weiß, von denen er selber im Internet sagt, dass er sie hat, nämlich in einer Höhe von 684,2 Milliarden €, der irrt. Nein, er tut es nicht. Und das ist unsere zentrale Kritik an diesem Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren. Das verstößt gegen den Haushaltsgrundsatz von Wahrheit und Klarheit. Hieraus werden wir Sie nicht entlassen, egal, welchen Druck Sie gegen uns aufzubauen versuchen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wo sind Ihre Anstrengungen - auch das hat ja in der Debatte bereits eine Rolle gespielt -, an anderer Stelle einzusparen? Sie sparen nicht einen einzigen Euro ein. 1,4 Milliarden € hat die alte Landesregierung mit einem großen Kraftakt, mit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit, mit dem Streichen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, mit vielen Kürzungen der Ausgaben für Projekte und Veranstaltungen eingespart. Sie haben auf diesen Bänken gesessen und uns dafür gescholten. Sie sind zu den Menschen gegangen und haben gesagt, dass alles verfehlte Politik sei. Heute sind Sie zu feige, nur einen einzigen Euro in diesem Haushalt einzusparen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das werfe ich Ihnen vor, und das werde ich Ihnen immer vorwerfen, wie auch immer Sie mit mir umgehen zu müssen meinen.

Meine Damen und Herren, das Thema „Stellen und zusätzliche Vertraute in Ministerbüros und in den jeweiligen Pressestellen“ ist angesprochen worden; das möchte ich nicht weiter aufgreifen. Interessant ist aber: Sie haben uns im Haushalts- und Finanzausschuss vorgeworfen, wir hätten 1995 - Herr Kollege Sagel hat dankenswerterweise das Thema auch noch einmal aufgegriffen - so viele neue Beschäftigte eingestellt. Sie hätten sich genau informieren müssen: 28 Beschäftigte waren es damals, und die haben wir alle im selben Jahr, also im Jahre 1995, erwirtschaftet. Sie hingegen sagen: Das können und wollen wir nicht sofort erwirtschaften, sondern wir warten bis zum Ende

der Legislaturperiode, also fünf Jahre, ab, um diese Stellen zu erwirtschaften. Im selben Moment lassen Sie sich einen Bericht einer Kommission vorlegen, die sagt: Mindestens jede zehnte Stelle im Land muss gestrichen werden. - Erklären Sie uns, wie Sie das machen wollen, und dann reden wir mit den Betroffenen, Herr Kollege, und schauen einmal, ob das sozial ausgewogen und im Sinne Ihrer Regierungserklärung ist.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte noch etwas zum Thema Personal sagen. Seit Jahren hören wir immer wieder, und zwar auch bei den Haushaltsberatungen, dass Sie jährlich 1,5 % des Personals erwirtschaften wollen. Wo sind denn in diesem Nachtragshaushalt die Stellenabsetzungen, um das zu erfüllen, Herr Dr. Linssen? Nennen Sie uns einen triftigen Grund - wir haben bereits im Haushalts- und Finanzausschuss nachgefragt -, warum Sie nicht in der Lage waren, die Stellen, und zwar auch die neuen Stellen, in diesem Jahr zu erwirtschaften. Wir haben 2004 991 Stellen real abgesetzt. Im Jahr davor waren es 819 Stellen. Ich betone: Das ist nicht ein Synergieeffekt, weil wir Beschäftigte aus der Landesregierung in die Landesbetriebe ausgelagert haben, sondern im Gegenteil: Diese Zahl - das erkennen alle Fachleute an - ist eine bereinigte Zahl. Insofern brauchen Sie sich an dieser Stelle nicht aufzuplustern.

Meine Damen und Herren, wir kennen den Haushalt und die Zahlen. Offensichtlich gibt es aber ein Defizit bei Ihrem Handling der Dinge; dies ist auch in der letzten Haushalts- und Finanzausschusssitzung deutlich geworden. Es geht um die Stelleinsparung von 1,5 % pro Jahr. Herr Minister Linssen, warum trauen Sie sich nicht, die Zahl, aufgrund derer Sie diese 1,5 % der Stellen beziehungsweise die Anzahl der Stellen, die die Kommission gestern vorgelegt hat, einsparen wollen, deutlich zu benennen? Warum kündigen Sie in einer Pressekonferenz zur Vorstellung des Nachtragshaushalts den Journalisten an, dass am gleichen Tag diese Zahl beziehungsweise die Unterlagen ausgegeben werden

(Minister Dr. Helmut Linssen: Stimmt doch gar nicht!)

- doch, das stimmt; Sie brauchen sich nicht aufzuregen -, während Sie uns im Haushalts- und Finanzausschuss nicht sagen konnten und bis jetzt nicht zugegeben haben, dass es diese Zahl entweder nicht gibt oder diese Zahl noch nicht berechnet ist?

Trauen Sie sich nicht, zuzugeben, dass die Zahl, die übrig bleibt - wenn man wiederum Polizei, Finanzen, Justiz, Schulen und Hochschulen ausklammert -, so verschwindend gering ist, dass Sie noch in kräftige Kollisionen mit dem geraten, was Ihnen die Finanzkommission gestern empfohlen hat und was Sie noch leisten müssen, wenn Sie weitere Lehrerinnen und Lehrer einstellen wollen, nämlich überhaupt eine Stelleinsparung in jedem Jahr hinzubekommen und dieses auch entsprechend darzustellen?

Meine Damen und Herren, ich will nur noch zwei kurze Punkte ansprechen. Ich komme erneut auf den Bau- und Liegenschaftsbetrieb zurück und kann nahtlos an das anknüpfen, was Kollege Sagemann klar gemacht hat. Es geht darum, diesem Betrieb Geld in einer Größenordnung von fast 1 Milliarde € zuzuführen, obwohl das zurzeit nicht notwendig ist.

(Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: 613 Millionen €)

- Herr Kollege Linssen, da lässt sich niemand ins Bockshorn jagen. Dieses Unternehmen Bau- und Liegenschaftsbetrieb hat einen Unternehmenswert von 8 oder 9 Milliarden €; da spare ich mir jetzt eine genaue Differenzierung. Und dieses Unternehmen ist in der Lage, durch Verkäufe entsprechende Gewinne zu erzielen. Sie müssen nicht so tun, als ob ausschließlich Schulden aufgenommen worden wären, ohne dass dem ein Unternehmenswert gegenüberstehen würde. Diese Summe will ich hier auch gerne für das Protokoll nennen.

(Beifall von der SPD)

Das hat nichts mit einer Schlussbilanz von Rot-Grün zu tun. Es hat nur damit zu tun, dass Sie Kapital zuführen, es dort parken und eine Spardose anlegen, die Sie später zurückholen.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Reihe von Punkten, die ich mir aufgrund der Zeit leider verkneifen muss, die wir uns allerdings sicherlich in der Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss in den nächsten beiden Runden vornehmen; wir werden ja auch noch eine weitere Lesung haben. Ich sage Ihnen nur: Willkürliche Mehrausgaben ohne Einsparbemühungen, die ausschließlich zu neuen Schulden führen, werden wir nicht akzeptieren.

Lassen Sie mich zum Schluss den Kollegen Klein zitieren, der eine schöne Pressemitteilung herausgegeben hat. Er sagte, die SPD-Finanzpolitik laufe nach dem Pippi-Langstrumpf-Motto ab:

„Ich baue mir die Welt, wie sie mir gefällt!“

Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Nun hat Kollege Klein Gelegenheit, sich selbst zu zitieren. Er hat das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Frau Kollegin Walsken dankbar, dass sie den passenden Einstieg in meinen Beitrag geleistet hat. Denn in der Tat muss die Pippi-Langstrumpf-Welt der alten Landesregierung endlich zu einem Ende kommen und muss der Haushalt die finanzpolitische Wirklichkeit unseres Landes abbilden.

(Beifall von der CDU)

Insofern ist es ganz interessant zu beobachten, wie kreativ hier mit dem Wort „seriös“ umgegangen worden ist.

(Zurufe von der SPD)

- Das scheint schon für Erheiterung zu sorgen. Aber ich denke, es ist ein ganz ernstes Thema; denn die Zeit dieses systematischen Schönrechnens der Vergangenheit und dieser Schattenhaushalte, die sich dem Tageslicht des Haushaltes des Landes Nordrhein-Westfalen entzogen haben, muss zu Ende sein. Deswegen finde ich, dass wir ein schönes Etikett auf diesen zweiten Nachtragshaushaltsplan für 2005 heften sollten, nämlich das Etikett „Projekt Tageslicht“.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ist das jetzt der Werbeblock oder was?)

Wir müssen vieles von dem ans Tageslicht zurückholen, was in der Vergangenheit davor versteckt oder falsch eingeschätzt worden ist. Dass dafür erhebliche Korrekturen am bisherigen Haushaltsplan erforderlich sind, ist gar nicht verwunderlich; denn es hat in der Vergangenheit genug Stimmen gegeben, die darauf hingewiesen haben. Dies reichte bis hin zum Verfassungsgerichtshof des Landes, der - dies wurde eben schon zitiert - am 2. September 2003 deutliche Worte gefunden hat.

Der Bund der Steuerzahler hat uns in einem Schreiben vom 20. Januar dieses Jahres einiges mit auf den Weg gegeben, was aber auch damals noch nicht die Landesregierung zur Korrektur oder zum Handeln veranlasst hat. Die Expertenkommission, die ihren Bericht gestern vorgelegt hat, hat noch einmal deutlich unterstrichen, wie ernst die finanzielle Lage unseres Landes ist, und wir als CDU-Fraktion haben anhand vieler ganz kon-

kreter Fälle in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass die Haushaltsansätze so nicht in Ordnung sind. Nichts hat die alte Regierung davon abgehalten, das strukturelle Defizit weiterhin schön- und kleinzureden.

(Beifall von der CDU)

Heute las ich in der Zeitung eine Aussage von Frau Kraft:

„Schon die alte Landesregierung hat auf die dramatische Finanzlage hingewiesen.“

Ja, das haben Sie gesagt, aber mehr auch nicht. Sie haben überhaupt nicht gehandelt, und deswegen sind Sie abgewählt worden.

(Beifall von der CDU - Zurufe von der SPD)

Heute können wir dem Haushalt ansehen, dass in der Tat überhaupt nichts gelernt oder geändert worden ist. Im Haushalt 2005, wie er bis heute gilt, gibt es genau 39,6 Millionen € mehr Investitionen als neue Schulden. Der Abstand von der Verfassungsgrenze des Art. 83 unserer Landesverfassung beträgt genau 39,6 Millionen €, und das trotz der im Grunde relativ fragwürdigen investiven Verbuchung des dicken Batzens WestLB-Kapital; wir kennen das. Aber selbst diese 39,6 Millionen € sind nicht so, weil sie in der Summe so sind, sondern weil sie so hingebogen wurden.

Ich will ein paar Punkte herausgreifen und deutlich machen, wie gearbeitet werden musste, um diesen Abstand zur Verfassungsgrenze überhaupt aufrechtzuerhalten.

Punkt 1: Kostenerstattung an Gemeinden wegen geduldeter ausländischer Flüchtlinge. Liebe alte Landesregierung und die Sie getragen habenden Parteien, Sie wussten doch ganz genau, dass in den Landeshaushalt 2005 etwas eingestellt werden musste. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat am 12. Oktober 2004 festgestellt, dass es rechtswidrige Entscheidungen des Landes gab und dass dadurch entsprechende Erstattungsansprüche ausgelöst worden sind.

Wir haben uns in einer Kleinen Anfrage mit diesem Sachverhalt beschäftigt und am 8. Dezember des vergangenen Jahres darauf hingewiesen, dass dreistellige Millionenbeträge erwartet werden. Nichts ist in den Landeshaushalt eingestellt worden. Es konnte nichts eingestellt werden, weil die Verfassungsgrenze sonst gerissen worden wäre.

(Beifall von der CDU)

Punkt 2 - Frau Kraft sollte vielleicht da bleiben -:
Studiengebühren.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ja, bitte!)

Liebe Frau Kraft, dass Sie mit dem Geld nicht so gut umgehen können, haben Sie als frühere Ministerin hinlänglich unter Beweis gestellt. Studiengebühren, erster Versuch: Im Haushaltsjahr 2004 wurden 90 Millionen € Einnahmen aus Studiengebühren angesetzt. Was ist passiert? - Sie haben sich drastisch um 45 Millionen € verschätzt. Ganz abgesehen davon war das Studienkontenfinanzierungsgesetz handwerklich schlecht. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat in seinem Beschluss vom 11. März sogar festgestellt, dass die Rechtsverordnung zum Studienkontenfinanzierungsgesetz so verwickelt formuliert sei, dass sie unverständlich sei und deswegen nicht dem verfassungsrechtlichen Gebot eines Mindestmaßes an Normenklarheit entspreche.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben nach beiden Urteilen gewonnen!)

- Liebe Frau Kraft, Ihre eigene Verordnung verstieß gegen die Verfassung.

(Zurufe von der SPD)

Ich komme zum zweiten Versuch: Im Haushaltsjahr 2005 ist das mit den 90 Millionen € für Studiengebühren hineingerettet worden. Das Thema ist im Haushalts- und Finanzausschuss bereits im November des letzten Jahres kontrovers und nachfragend diskutiert worden. Dort gab es Bedenken. Sie haben noch am 23. Februar hier im Plenum gesagt, das mit dem Geld sei Ihnen mehr oder weniger egal, es gehe Ihnen nur um die Sache. Wer so argumentiert, braucht sich nicht zu wundern, dass er sich verschätzt hat.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Auch diese Einnahmen wurden wieder bewusst zu hoch angesetzt,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Beschiss!)

meine Damen und Herren, um die Verfassungsgrenze auf dem Papier einhalten zu können. Diese Beträge sind ja noch übersichtlich, haben aber bei weitem nicht ausgereicht. Deswegen die Operation mit der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft: Sie haben schwer verkäufliche Landesbeteiligungen verkauft, an die landeseigene Beteiligungsverwaltungsgesellschaft weitergeschoben, das Geld dafür bezahlt bekommen, in den Haushalt eingestellt und die Schulden bei der BVG aufgenommen. Die Schulden im Schatten der

BVG aufzunehmen ist unseriös. Das gehört zurück ans Tageslicht.

(Beifall von der CDU)

Genau so ist es uns beim BLB ergangen. Hier hat sich der Bund der Steuerzahler vor zwei Wochen in der „Welt am Sonntag“ zu unserer Korrekturoperation zitieren lassen. Er hat gesagt: Das Bild wird ehrlicher. - Meine Damen und Herren, in der Tat: Das Bild wird ehrlicher, es wird korrigiert.

Nicht nur Schulden werden aus dem Schatten in den Haushalt zurücktransferiert, Sie haben auch Ausgaben verursacht, die nicht aufgenommen worden sind. Eben wurde schon kurz auf die Krankenhausinvestitionen hingewiesen. Es wurde mehr zugesagt, als im Haushaltsplan 2005 dieses Landes ermächtigt. Wenn das schon so ist, wird es richtig grotesk zu fordern, die neue Landesregierung müsse mit dem Nachtragshaushaltsplan in die Sanierung einsteigen. Das ist Unsinn. Die 7,4 Milliarden €, die an Neuverschuldung im endgültigen Haushalt 2005 stehen, sind Schulden der alten Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Der Nachtragshaushaltsplan ist das „Projekt Tageslicht“. Diesem wird aber das „Projekt Sanierung“ folgen müssen. Wir werden mit dem „Projekt Sanierung“ mit dem Landeshaushalt 2006 beginnen müssen. Dabei ist es wenig hilfreich, liebe Frau Kollegin Walsken, wenn Sie der begeisterten, aber auch äußerst ungläubig Beifall spendenden Deutschen Steuergewerkschaft in Münster sagen: Das mit den Sonderzuwendungen und dem Weihnachtsgeld könnte auch wieder auf den alten Stand gebracht werden. - Wer das heute noch sagt, hat den Knall nicht gehört. Es ist unseriös, so mit den Planungen für das nächste Jahr umzugehen.

(Beifall von der CDU - Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Vielleicht wollen Sie Ihre schlechte Presse von heute Morgen korrigieren; aber ich meine, das ist ein Thema, das nicht hierhin gehört.

(Gisela Walsken [SPD]: Vorsichtig! Das schüchtert mich nicht ein!)

Wenn wir jetzt nicht den Haushalt sanieren, meine Damen und Herren, treffen wir insbesondere die sozial Schwachen; denn sie sind davon abhängig, dass wir auch in Zukunft noch einen handlungsfähigen starken Staat haben, der seine Aufgabe erfüllen kann. Diejenigen, die weniger schwach sind, haben eigene Ausweichstrategien. Sie brauchen weniger einen handlungsfähigen Staat als

die Schwachen. Deswegen ist es sozial ausgewogen, wenn wir das „Projekt Sanierung“ mit dem Haushalt 2006 starten.

Im Interesse dieser Menschen und unserer Zukunft müssen wir diesen Weg gehen. Im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder müssen wir endlich in einen Kurs der Konsolidierung für unser Land einsteigen. Ich bin ausgesprochen froh, dass Finanzminister Helmut Linssen und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers diesen Weg gehen wollen. Ich kann für die Koalitionsfraktionen voll und ganz zusagen, dass sich beide in diesem Hause an dieser Stelle auf uns verlassen können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Frau Abgeordnete Löhrmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Demut und Reue kommen jetzt!)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Kuhmichel, ich freue mich immer wieder, wie Sie Anteil daran nehmen, wenn die grünen Frauen hier das Wort ergreifen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Herangehensweise der neuen Regierungsfractionen erinnert mich vom Habitus her immer an Selbstsuggestion. Sie betreiben diese Selbstsuggestion, damit Sie noch daran glauben:

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Da sind Sie aber Vorreiter!)

Mit dem Impetus, mit dem wir da herangegangen sind, werden wir das schon irgendwie schaffen. Dann reden wir uns das eben schön zurecht und tun so - zumindest die meisten von Ihnen -, als wären die Probleme nach wie vor nicht da.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will noch einmal auf die Romanfiguren, die heute Morgen genannt wurden, zurückkommen: Pippi Langstrumpf ist eine ausgesprochen interessante Person, die mit großer Subversivität bestimmte Dinge geregelt hat. Ich finde, die sollten wir nicht in das politische Geschäft hineinmengen. Und bei Oskar Matzerath sollten wir uns bei allem Eifer über das Trommeln und das Aussehen - wir haben auch eine schöne Verfilmung dieses Romans von Günter Grass - auch klar machen, wie erfolgreich dieser Trommler ist. Das ist eine sehr interessante und sehr erfolgreiche Romanfigur,

liebe Kolleginnen und Kollegen. - Das lag mir noch auf der Zunge.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei Herrn Papke habe ich den Eindruck, er ist so verwirrt, dass ihm manche Sachen entfallen - Edgar Moron hat im Zwischenruf darauf hingewiesen - bei all dem Geißeln der 39 sozialdemokratischen Jahre dieses Landes, der Haushaltspolitik und der Umverteilung, die angeblich stattgefunden hat. Elf Jahre waren Sie als FDP zumindest dabei, wenn auch nicht Sie persönlich, Herr Papke.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dann haben Sie einen Beleg dafür gefunden, dass Ihnen Herr Rempel zumindest zustimmen könnte. Dabei haben Sie übersehen - Herr Sagel hat das aber im Grunde dargelegt -, dass wir, was die den BVG betreffende Operation angeht, damit einverstanden sind, das nachzuvollziehen.

Beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes sehen wir das aber deutlich anders. Frau Walsken hat die finanzpolitische Relation deutlich gemacht: Hier liegt der Verdacht nahe, dass dies als Sparstrumpf genutzt werden soll. Der Verdacht ist nicht aus der Welt zu schaffen, dass Sie damit - in Führungsstrichen - „Vorsorge“ für weitere Transaktionen treffen, die Sie in Zukunft als vermeintliche Ansätze einer Haushaltskonsolidierung präsentieren wollen.

Meine Damen und Herren, ich will ausdrücklich sagen, dass der Finanzminister hier einen etwas moderateren Ton angeschlagen hat, der sich sehr deutlich von den Ankündigungen und den Plakaten im Landtagswahlkampf unterschieden hat. Im Landtagswahlkampf klang das so, als ob auf das Schuldenmachen in Milliardenhöhe, das Sie uns vorgeworfen haben, jetzt ein rigider Schuldenabbau folgen würde. Dieser Schuldenabbau ist nicht gefolgt. Da hilft alles Drumherumreden nicht: Sie legen hier einen Nachtragshaushalt mit der höchsten Verschuldung, die es im Land Nordrhein-Westfalen je gegeben hat, vor.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben hier, Herr Dr. Linssen, Leitsätze vorgebracht, die ich von Frau Müller und Herrn Sagel kenne - Grundsätze der Haushaltskonsolidierung, die jeder ordentliche „Finanzer“ predigen muss. Aber Sie predigen noch. Sie haben noch keinen einzigen konkreten Vorschlag gemacht, wie Sie denn diese Problemlage angehen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist doch die entscheidende Frage, wie der steinige Weg dann genau aussehen soll.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal drei Punkte vortragen, die aus unserer Sicht sehr wichtig sind.

Der erste Punkt ist - auch das ist angesprochen worden -: Dass Sie jetzt nicht alleine die Verantwortung für die Situation des Landeshaushalts tragen, ist völlig klar. Die Verantwortung haben wir zu tragen. Aber auch Sie hatten schon in der Vergangenheit Verantwortung mitzutragen, weil Sie im Bundesrat über Ihre Mehrheit Konsolidierungsanstrengungen der Bundesebene ganz gezielt vereitelt haben. Sie haben zum Teil eine Politik der verbrannten Erde betrieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweiter Punkt! Sie haben mit diesem Nachtragshaushalt Geschenke verteilt, und Sie haben an keiner einzigen Stelle die viel beschworenen, abstrakten Grausamkeiten konkret gemacht. Darauf warten wir, weil wir wissen, dass Sie in der Vergangenheit jeden Vorschlag, den wir gemacht haben, abgelehnt haben. Sie haben so getan, als ob Sie das ohne Grausamkeiten und nur mit Wohltaten hinbekämen. Solange die Grausamkeiten abstrakt bleiben, verhalten Sie sich feige; das muss man hier noch einmal sehr deutlich sagen. Sie verschweigen den Menschen etwas, was sie und wir endlich hören wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Letzter Punkt: Personalkosten! Da wird es wirklich interessant werden. Ich habe Ihnen direkt zu Beginn der Regierungszeit eine Wette darauf angeboten, wie das wohl ausgehen wird. Je mehr wir darüber lesen, desto deutlicher erkennen wir, dass die Aufgabe immer schwieriger wird.

1,5 % Personalabbau sollten es sein. Aber mit Blick auf die sensiblen Bereiche, die uns allen am Herzen liegen, sollten die ausgenommen werden. Dann bleiben 500 Stellen übrig. Diese 500 Stellen will Ihre Finanzkommission zur Haushaltskonsolidierung haben. Aus deren Sicht ist das richtig.

Sie haben aber in Ihrer Regierungserklärung und in Ihrem Koalitionsvertrag stehen, dass die eingesparten Stellen dazu dienen sollen, die wünschenswerten Lehrerinnen- und Lehrerstellen zu finanzieren. Also verbraten Sie hier Dinge doppelt. Vor diesem Hintergrund wüssten wir wirklich gerne, wie Sie die gigantische Konsolidierungsaufgabe angehen wollen. Was das Personal angeht, so bin ich sehr gespannt, wie Sie die unterschiedlichen Baustellen, die nicht zueinander passen und kein ordentliches Haus ergeben, zusammenbe-

kommen. Das kann und wird vorne und hinten nicht klappen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sind gespannt. Die Diskussion über den Nachtragshaushalt ist sozusagen eine kleine Haushaltsdebatte. Das wird jetzt durchgezogen werden. Wenn ich mir jetzt Ihre Sicht zu Eigen mache, gehe ich davon aus, dass Sie das tun werden. Die Sisyphusarbeit, das ernste Geschäft, wird noch kommen.

Wir sind sehr gespannt, wie Sie diese Aufgabe angehen werden. Wir werden sehr genau hinschauen. Wir werden Sie dort unterstützen, wo Sie etwas richtig machen - wenn es sich um etwas handelt, was auch wir möglicherweise so gemacht hätten. Aber dort, wo Sie aus unserer Sicht falsch agieren, werden wir den Finger auf die Wunde legen. Ein Gesamtkonzept der Haushaltsregierung ist von dieser neuen, aus einer Koalition von CDU und FDP bestehenden Regierung an keiner Stelle zu erkennen. Deswegen werden wir diesen Nachtragshaushalt nicht mittragen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Freimuth von der FDP-Fraktion das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Bei dem jetzt vorgelegten Nachtragshaushalt handelt es sich ganz unstreitig um die Abschlussbilanz der von SPD und Grünen getragenen Regierung und gleichzeitig um die Eröffnungsbilanz der von CDU und FDP getragenen Regierung. Deshalb ist es legitim, an dieser Stelle auch ein paar Bemerkungen zu der zurückliegenden Zeit zu machen. Daraus ergibt sich nämlich die Jetzt-Situation und damit auch die Ausgangsbasis für das, was die neue Landesregierung - und damit auch die von mir unterstützte Landesregierung - hier vorfindet.

In der Vergangenheit sind unstreitig mehr Kredite aufgenommen worden, als zur Finanzierung der Aufgaben erforderlich waren. Dies ist vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig festgestellt worden. Daraus wurden aber keine Konsequenzen gezogen, weil es zum damaligen Zeitpunkt keine unter der Kreditobergrenze der Verfassung liegende Schuldenaufnahme mehr gab, die aus diesem Grund noch verfassungskonform gewesen wäre. Deshalb ist die Aussage „Wir ha-

ben dann damit aufgehört“ eine Verklärung der Realitäten.

Im Jahr 2004 wurde die Verfassungsobergrenze ebenfalls überschritten. Die Neuverschuldung lag deutlich über der Summe der Investitionen. Begründet wurde das mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Einer der maßgeblichen Faktoren war die hohe Arbeitslosigkeit, die wir leider nach wie vor haben.

Aber - das habe ich Ihnen bereits in der letzten Legislaturperiode so vorgeworfen, und an diesem Vorwurf halte ich nach wie vor fest - Sie haben die Mittel über der Investitionssumme gerade nicht dafür aufgewandt, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beheben, sprich Innovationen, Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen voranzubringen. Ganz im Gegenteil, die Arbeitslosenzahlen sind auch weiter angestiegen.

Ich komme zur Ausgabenentwicklung. In den letzten zehn Jahren - ich will das der Fairness halber nur auf die letzten zehn Jahre beziehen - sind die Ausgaben im Landeshaushalt deutlich angestiegen.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Die Personalausgaben: Trotz kw-Vermerk-Realisierungen und trotz Organisationsprivatisierungen - das sei alles zugestanden - hat es darüber hinaus immer noch eine Steigerung der Personalsteuerquote von schon 51 % auf mittlerweile 60 % gegeben.

Die Zinsausgaben - der Kollege hat es vorhin schon angeführt - sind von 3,9 Milliarden € auf 4,8 Milliarden € angestiegen.

Gerade hat die SPD-Fraktionsvorsitzende Kraft gesagt: Dann wollen Sie - so hat sie es sinngemäß vorhin geäußert - dieses Geld aus den Gesellschaften wieder zurückholen. - Das fand ich unter dem Gesichtspunkt schon bemerkenswert, weil es sehr deutlich eine Praxis aufzeigt, die hier offensichtlich in der Vergangenheit gang und gäbe war: dass nämlich Geld im Idealfall - tatsächlich waren es ja, wie wir heute wissen, Schulden - in Gesellschaften, in ausgelagerte Bereiche hineingesteckt wurde.

Auch die Kollegin Walsken hat vorhin ganz großzügig gesagt: die Gesellschaft. Diese "Gesellschaft" sind aber keine Privaten, die mit dem Land nichts zu tun haben, sondern es sind die Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen, die unmittelbar für die Misswirtschaft und das Missmanagement in diesen Gesellschaften haften. Es sind die Steuerzahlerinnen und

Steuerzahler, die für diese Schulden der Gesellschaften haften.

Deswegen finde ich es völlig richtig - wirklich völlig richtig und überfällig -, dass wir mit dem heute eingebrachten Nachtragshaushalt genau diese verdeckte Verschuldung, die Sie - nach den Äußerungen muss man den Rückschluss einfach ziehen - in vollem Bewusstsein gemacht haben, indem Sie Schulden in diesen „Gesellschaften“ versteckt haben, gerade unter dem Gesichtspunkt der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit in den Landeshaushalt überführen, damit die Bürgerinnen und Bürger im Haushaltsgesetz klar ableiten können, wie die Finanzsituation in Nordrhein-Westfalen, wie die Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen tatsächlich aussieht.

Dann ist vorhin angeführt worden: Wir haben 1,4 Milliarden € gespart. Ja, liebe Kollegin Walsken, Sie werden mir zugestehen, dass Sie niemals dafür gescholten worden sind, dass Sie gespart haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Oh! - Edgar Moron [SPD]: Wir sind schwer kritisiert worden!)

- Ja, wir haben Ihre Prioritätensetzung kritisiert. Diesen Streit werden wir, ohne ich, auch in der Zukunft durchaus haben.

Gleichzeitig mit Einsparungen haben Sie die Steuern und Abgaben erhöht. Der Wasserpfennig ist eingeführt worden. Die Studiengebühren sind nicht etwa bei den Universitäten verblieben, sondern zur Haushaltskonsolidierung aufgewandt worden und dergleichen mehr.

Da fand ich einen Kommentar von Nikolaus Blome, den man heute in der „Welt“ lesen konnte - in einem Punkt will ich das zitieren -, wirklich sehr treffend. Er schreibt hier über die Diskussion, die im Augenblick auf Bundesebene stattfindet: „Und wenigstens einmal sei es der Sprachverwirrung entgegengehalten: Sparen heißt 'weniger ausgeben' und nicht 'mehr einnehmen'.“

Das, meine Damen und Herren, das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Punkt, auf den ich gerne noch etwas detaillierter eingehen möchte. Sie haben in den vergangenen Haushaltsberatungen immer wieder auf wegbrechende Einnahmen verwiesen.

(Gisela Walsken [SPD]: Steuereinnahmen!)

- Ja, zugestanden, auf wegbrechende Steuereinnahmen; "wegbrechend" insofern, als sie niedriger ausgefallen sind, als Sie sie vorher als Einnahmeansätze in den Haushalt eingestellt hatten.

(Gisela Walsken [SPD]: Als der Arbeitskreis Steuerschätzung geschätzt hat!)

Maßnahmen für Wirtschaftswachstum und Innovationen sind deswegen aber, um genau dieser Entwicklung gegenzuhalten, von Ihnen nicht erfolgt.

Wenn doch über viele Jahre - immerhin die letzten fünf Jahre konnte ich das hier im Parlament verfolgen - regelmäßig die Steuereinnahmen deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, dann ist es für mich nicht nachvollziehbar, dass man unter dem Gesichtspunkt der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit Schulden in Schattenhaushalten versteckt. Weiterhin ist für mich nicht nachvollziehbar, dass man auch immer wieder mit viel zu optimistischen Einnahmeerwartungen operiert.

Ich bin an dieser Stelle dem Finanzminister sehr dankbar dafür, dass er den Gesichtspunkt des vorsichtigen Kaufmanns deutlich eingebracht hat. Ich meine, wir müssen viel sorgsamer davon ausgehen und dürfen uns die Welt weder nach Pipi Langstrumpf noch nach irgendjemandem sonst schön malen. Wir sollten die Einnahmeerwartungen im Zweifel eher vorsichtig und niedrig ansetzen. Jeder freut sich dann, wenn es hinterher mehr Einnahmen gibt, weil wir wieder Menschen in Beschäftigung haben, weil wir wieder eine prosperierende Wirtschaft haben und wir dann tatsächlich wieder Geld in den Schuldenabbau stecken können.

Was ich auch nicht nachvollziehen und billigen kann, ist, wie Sie es dann, wenn Sie die ganze Zeit zu niedrige Einnahmen und wiederholt Einnahmen unterhalb der Einnahmeerwartung haben, verantworten können, langfristige Verpflichtungen über Legislaturperioden hinaus einzugehen, für die Sie dann möglicherweise - egal, wie auch immer die Mehrheitsverhältnisse in einem Parlament aussehen - zwischendurch einfach die Legitimation der Bürgerinnen und Bürger hätten erfragen müssen.

Das, was ich am allerwenigsten billige, ist, dass Sie die Ausgaben nicht angepasst haben und dass wir nicht zu einer Angleichung der Ausgaben an die Einnahmen gekommen sind.

Ich darf noch einmal Nikolaus Blome aus der „Welt“ zitieren. Ich fand diesen Kommentar wirklich sehr bemerkenswert:

„Es rächt sich, dass wegen eines verqueren Verständnisses vom starken Staat dessen Ausgabenseite nie ernsthaft durchforstet wurde - auch nicht dann übrigens, als die Steuer-

sätze unter der rot-grünen Regierung gesenkt wurden. Sich gleich großen Aufwand zu leisten bei verminderten Einnahmen, mündete in immer neue Schulden.“

Er hat das kurz und knapp und - wie ich finde - sehr zutreffend beschrieben. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir gemeinsam in die Diskussion über die Fragen eintreten, was wir uns im Land Nordrhein-Westfalen noch leisten können und welche Prioritäten wir setzen.

Ich sage in aller Klarheit: Dafür bin ich auch bereit, die Verantwortung zu übernehmen, die die Bürgerinnen und Bürger mir übertragen haben. Ich sage Ja zu dieser Verantwortung, die gerade angemahnt wurde, Ja dazu, dass die Haushalte wieder verlässlich sind, dass die Haushalte transparent die tatsächliche Finanzsituation des Landes Nordrhein-Westfalen abbilden. Ich sage Ja dazu, die Einnahmen und Ausgaben klar in eine Waage zu bringen, den Bürgern Perspektiven zu eröffnen und die Kindern von der verfehlten Politik, die Sie in den vergangenen Jahren gemacht haben, endlich zu entlasten und ihnen wieder neue Chancen zu eröffnen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. - Als Nächstes hat Herr Jäger von der SPD-Fraktion das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute den zweiten Nachtragshaushalt des Jahres 2005 und stellen fest, dass die finanzielle Situation des Landes Nordrhein-Westfalen wie der meisten Bundesländer und des Bundes ernst, bedenklich und gelegentlich sogar dramatisch ist.

Wir haben eine neue Landesregierung, die zwar nicht das Recht dazu hat, aber dem Reflex verfällt, das, was war, möglichst dramatisch, und das, was kommen wird, möglichst schön darzustellen. Das kann man ihr noch nicht einmal vorwerfen. Was man ihr vorwerfen kann, ist, dass sie es so stümperhaft tut. Das ist zugleich eine Beleidigung unserer Intelligenz, weil Sie meinen, wir merken es nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Heute findet hier eine gewisse Legendenbildung statt. Um dem vorzubeugen, möchte ich drei Punkte herausgreifen.

Erstens. Der ehemalige finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Diegel, hat vor wenigen

Tagen erklärt, der Schuldenstand des Landes von Nordrhein-Westfalen betrage 110 Milliarden €. Tatsächlich weist der Nachtragshaushalt einen Schuldenstand von 103 Milliarden € aus. Somit starten Sie 7 Milliarden € günstiger und nehmen trotzdem 2,2 Milliarden € an neuen Schulden auf.

Zweitens. Es ist der erste Nachtragshaushalt, den ich als Parlamentarier erlebe, der auf der Einnahmenseite überhaupt keine Veränderungen vorsieht,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

als würden die Steuereinnahmen genauso hoch sein, wie man es im Januar geschätzt hat. Der gleiche Finanzminister, der diesen Nachtragshaushalt vorlegt, veröffentlicht im Internet, dass er eine Mehreinnahme von 685 Millionen € erwartet. Das ist wirklich stümperhaft, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie können diese 685 Millionen € vielleicht in Ihre Kriegskasse legen. Es ist aber gar nicht Ihr Geld. Auf 23 %, mithin auf 137 Millionen €, haben die 396 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen Anspruch. Sie entziehen den Gemeinden dieses Jahr das Geld zur Erledigung ihrer Aufgaben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie enthalten den Gemeinden das vor, worauf sie nach der Verfassung Anspruch haben.

Drittens. Der Finanzminister hat unmittelbar nach Amtsantritt eine Haushaltssperre verkündet und gesagt, 30 bis 100 Millionen € werden dadurch eingespart. Davon findet sich in diesem Nachtrag nicht ein Euro. Dagegen werden an anderer Stelle Mehrausgaben verzeichnet. Ich nenne einmal ein Beispiel, um einen Beleg Ihrer Ahnungslosigkeit aufzuzeigen.

Unter anderem werden 15 Millionen € mehr für Ersatzschulen in Nordrhein-Westfalen ausgewiesen, deren Zuwendungen wir im letzten Jahr gegen den erbitterten Widerstand vonseiten des Landtags um 1,5 % gekürzt haben. Sie sind wie die Lemminge nach draußen gelaufen und haben Unterstützung zugesagt. Frau Freimuth, wissen Sie eigentlich, dass für diese Kürzung um 1,5 % vielerorts die Kommunen eingetreten sind? Wissen Sie eigentlich, dass die Leiterinnen und Leiter der Ersatzschulen in Nordrhein-Westfalen stillschweigend lachen, weil Sie diesen Ausfall doppelt finanzieren?

(Beifall von der SPD)

Die Ersatzschulen brauchen nicht nur keine Kürzungen hinzunehmen, sondern sie bekommen von Ihnen auch noch 1,5 % mehr. Sie werfen das Geld praktisch mit vollen Händen zum Fenster hinaus.

Ich habe leider wenig Zeit. Ich komme noch einmal auf Herrn Papke zurück: Herr Papke, dass wir bei Ihrer Rede gelacht haben, bitte ich wirklich zu entschuldigen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das macht mir nichts!)

Unter der Voraussetzung, dass Sie wirklich ernst gemeint haben, was Sie gesagt haben, dürften wir nicht lachen. Dann hätten Sie nur volles Mitleid verdient, Herr Papke.

(Beifall von der SPD)

Fazit ist: Diese neue Landesregierung pumpt die Neuverschuldung künstlich auf. Vorhandene Mehreinnahmen werden verschwiegen. Das, was Sie den Menschen in diesem Land vor dem 22. Mai versprochen haben, nämlich einen rigorosen Sparkurs und eine Konsolidierung, findet sich in Ihrem Entwurf nicht mit einem einzigen Euro wieder.

(Edgar Moron [SPD]: Richtig!)

Das kann man nicht mehr mit mangelnder Erfahrung oder mangelnder Kompetenz begründen. Das ist ein Akt von Hilflosigkeit und Mutlosigkeit. Er gewährt einen Ausblick darauf, wie Ihr Haushalt 2006 aussehen wird. - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Jäger. - Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Lux.

Rainer Lux (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einen kleinen Aspekt zur Sprache bringen, der die Kommunen in unserem Lande betrifft und der in diesem Nachtragshaushalt angesprochen wird. Es geht um die Aufhebung der investiven Bindung für die Mittel aus Hartz IV, die sogenannten Entlastungsmittel, die von der alten Landesregierung und vom Landtag als Investitionsmittel bereit gestellt worden sind, obwohl jeder wusste, dass das nicht ging.

Ich möchte gar nicht weiter auf den Bereich Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit eingehen. Hier ist genügend darüber gesprochen worden, mit welchen Tricks versucht worden ist, die

Verschuldungsgrenze zurückzudrängen bzw. die Investitionsquote zu erhöhen.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Investitionsbindung für die 230 Millionen € mit diesem Nachtragshaushalt wegfällt. Es hat sich herausgestellt, dass die Kommunen diese Gelder gar nicht für Investitionen zur Verfügung haben, sondern die Mittel im Verwaltungshaushalt für die Deckung der Kosten zur Wohnungsversorgung benötigen. Das ist vernünftig. Das wird mit diesem Nachtragshaushalt nachvollzogen.

Ich möchte an dieser Stelle aber gleichzeitig darauf hinweisen, dass es im Interesse der Kommunen notwendig sein wird, auch zukünftig dafür zu sorgen, dass die zugesagte Entlastung der Kommunen um 2,5 Milliarden € tatsächlich eingehalten wird.

Ich muss schon sagen, wir sind etwas verwundert, dass die alte Bundesregierung noch einen Entwurf beschlossen hat, wonach sie den Kommunen diese Entlastung entziehen und auf Null setzen will. Das ist nicht hinzunehmen. Ich möchte an dieser Stelle auch im Namen der Kommunen die Landesregierung ausdrücklich bitten,

(Beifall von der CDU)

sowohl bei der Revision dieser zugesagten Regelung wie auch bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin dafür zu sorgen, dass die gesamte Entlastung von 2,5 Milliarden € tatsächlich bei den Kommunen ankommen wird, damit in Zukunft gewährleistet ist, dass die Kommunen der Versorgung der unter Dreijährigen und ihrem Teil bei der Hartz-IV-Gesetzgebung gerecht werden können. - Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Lux. - Für die Landesregierung spricht Herr Finanzminister Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zum Schluss der Debatte nur auf ein paar Punkte eingehen, weil wir im Ausschuss noch Gelegenheit haben, ausreichend zu diskutieren.

Ich will mit den freundlichen Bemerkungen von Frau Kraft beginnen. Sie teilt zumindest die Einschätzung, dass es sich um eine dramatische Situation des Landeshaushalts handelt. Das war nicht immer der Fall. Deshalb begrüße ich das außerordentlich, Frau Kraft. Sie haben sogar erklärt, dass wir gemeinsam gefordert sind. Da ich

Sie als eine Person kenne, die das nicht nur einfach so dahinsagt, sondern auch ernst genommen werden will, werde ich Sie ans Portepée fassen. Ich freue mich sehr darüber.

Als dritten Punkt haben Sie gesagt, Sie nehmen das Einnahmenminus voll auf Ihre Kappe. Das finde ich schon ganz erfreulich. Dann haben wir nämlich die ersten fast 600 Millionen € abgeschichtet. Da sind wir uns also einig.

Fangen wir mit den Ausgaben an - da fehlen ja jetzt noch ein paar Euro: 1,6 Milliarden - und schauen uns die im Einzelnen an!

Sie vermissen bei den Steuereinnahmen, dass ich da kein Einnahmeplus angesetzt habe. Herr Jäger hat sich geradezu ereifert, was das für ein unmögliches Vorgehen sei.

(Ralf Jäger [SPD]: Wenn ich mich ereifere, hört sich das ganz anders an!)

- Noch schlimmer, Herr Jäger, das wäre ja furchtbar. - Ich darf auch einmal auf Ihre Pressemeldung eingehen, Frau Kraft, in der Sie gesagt haben, die 684,2 Millionen €, die als Steuermehreinnahmen gegenüber 2004 im Internet stehen - natürlich speisen wir alles ein, per Ende September stehen sie dort -, seien im Haushalt nicht veranschlagt.

Ich mache das einmal klar, damit wir das nicht im Ausschuss behandeln müssen.

(Hannelore Kraft [SPD]: In der Differenz, Herr Linssen!)

- Nein, das haben Sie vergessen. Ihre Erklärungen sind glatt die Unwahrheit, Frau Kraft, wenn Sie vergessen, dass wir 428 Millionen € Mehreinnahmen im Haushalt etatisiert haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber wo ist die Differenz?)

Sie können also nur über die Differenz von 250 Millionen € sprechen. Die, sagen Sie, hätten Sie gern im Haushalt angesetzt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja!)

Dazu will ich Ihnen nur noch Folgendes sagen:

Erstens. Die im Dezember fälligen Umsatzsteuerquartalsabrechnungen werden nach der jetzigen Schätzung wesentlich ungünstiger ausfallen als 2004.

Zweitens. Es bestehen weiter Unsicherheiten bei den Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen im Dezember, weil wir eine sehr hohe Vorjahresbasis haben.

Drittens. Bisher gibt es keine Informationen über größere Steuererstattungen an Unternehmen, mit denen wir auch rechnen müssen.

Diese drei Punkte sagen mir als vorsichtig agierendem Kaufmann: Die 250 Millionen € hast du nicht im Sack. Wenn sie tatsächlich hereinkommen sollten - und wenn es nur 50 Millionen € mehr sind als die Etatisierung -, werden wir sie selbstverständlich von den 7,4 Milliarden € Netto-neuverschuldung absetzen.

(Ralf Jäger [SPD]: Machen Sie eine Schätzung für 2006?)

Wenn Sie das freundlicherweise einmal zur Kenntnis nehmen und nicht immer von diesen 684 Millionen € Mehreinnahmen sprechen würden, wäre ich Ihnen dankbar. Dann hätte diese Debatte schon etwas ergeben. Frau Walsken hat sich sogar ereifert, das sei der zentrale Kritikpunkt. Das ist kein zentraler Kritikpunkt, Frau Walsken, sondern das sind einfach etwas realistischere Annahmen als die, mit denen Sie dauernd agiert haben.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Eiskirch? Dann gebe ich ihm das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Aber gerne, Herr Eiskirch. Bitte schön.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Minister Linssen, Sie hatten gerade davon gesprochen, dass die Umsatzsteuereinnahmen für den Monat Dezember in der Prognose so negativ ausfallen, dass Sie sie nicht berücksichtigen und diese 250 Millionen € nicht einstellen können. Wenn ich mich recht entsinne, war es in der vorletzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses so, dass Sie die gleiche Befürchtung für die Umsatzsteuereinnahmen im September dieses Jahres geäußert haben. Hat sich das bewahrheitet oder nicht?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Der September ist schlecht ausgefallen. Er ist nicht so schlecht ausgefallen, wie prognostiziert - auch das habe ich im Ausschuss dargelegt -, aber sehr viel schlechter als im Vorjahr. Insofern habe ich Recht gehabt.

(Beifall von der CDU - Heiterkeit von der SPD)

Ich darf auf einen anderen Punkt eingehen, nämlich das, was Sie zum Länderfinanzausgleich vor-

getragen haben. Ich bleibe dabei, was ich in der Einbringungsrede gesagt habe: Das war ein sehr unvorsichtiger Ansatz, den Sie hier gemacht haben. Sie rekurren permanent auf irgendein Schreiben vom 21. Juli 2005,

(Hannelore Kraft [SPD]: Das Datum ist aus Ihrer Antwort!)

in dem erst eine Abrechnung erfolgt sei. Ich darf Ihnen sagen, damit Sie es ein für alle Mal drin haben: Bereits im Mai 2004 lautete das Ergebnis der Steuerschätzung für NRW, wir müssten 691 Millionen € bezahlen. Im November 2004 hat man uns gesagt, wir müssten 566 Millionen € bezahlen. Das liegt sehr nahe an den 550 Millionen €, die wir jetzt etatisiert haben. Das, liebe Frau Kraft, war im November 2004. Da der erste Nachtrag zum Haushalt am 1. März 2005 verabschiedet wurde, sage ich, wenn ich sehr höflich bin: Es war ein sehr unvorsichtiger Ansatz von Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Ich darf ein paar Bemerkungen zum BLB machen, der vor allem durch die Entgegnungen der Redner der Koalitionsfraktionen ein breites Echo gefunden hat. Vielleicht nur so viel: Entgegen Ihrer ersten Pressemeldung, die Sie vorgelegt haben, nachdem ich den Haushalt öffentlich vorgestellt habe, sind Sie jetzt zumindest zu der Erkenntnis gekommen, dass wir damit beim BLB Schulden tilgen. Das heißt, wir stellen keine Liquidität zur Verfügung, aus der wir schöpfen. Damit ist die gesamte Version des Sparstrumpfes völlig erledigt. Wie wollen Sie - Frau Walsken, vielleicht hören Sie auch einmal zu! -

(Gisela Walsken [SPD]: Gerne!)

von einem Sparstrumpf sprechen, wenn wir Schulden beim BLB tilgen? Dadurch werden nachweislich rund 25 Millionen € Zinsen erspart, die der BLB verwendet, um Altlastensanierungen zu betreiben.

(Gisela Walsken [SPD]: Was für Altlasten? Dafür hat er doch genug Geld!)

- Er hat doch kein Geld. Er macht doch jedes Jahr operatives Minus. Tun Sie doch nicht so, als wenn dort Geld in die Kasse kommen würde!

(Beifall von der CDU)

Er macht operativ ein Minus. Das wissen Sie auch aus Ihrem Dabeisein im BLB-Verwaltungsrat. Deshalb haben Sie offensichtlich in der letzten BLB-Sitzung auch so herzhaft geschwiegen, wie man mir mitgeteilt hat.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich habe zig Fragen gestellt!)

Ich bin sehr froh, lieber Herr Sagel, dass Sie bei der BVG und den 330 Millionen, die wir ihr zur Verfügung stellen, ganz nah bei uns sind. Ich bedanke mich dafür und wäre froh, wenn Sie noch etwas Überzeugungsarbeit bei Ihrem alten Koalitionspartner leisten können; vielleicht kapiert der es auch noch.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Finanzminister, wir haben noch eine Wortmeldung von Herrn Eiskirch. Würden Sie sie erlauben?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja, gerne, jederzeit.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Minister, Sie fragten, wie es sein kann, dass es, wenn man das Ganze beim BLB freistellt, ein Sparstrumpf sein könnte. Sie sind aber schon in der Kenntnis, dass man, wenn man es freigestellt hat, gegen bestehendes Vermögen erneut Schulden aufnehmen kann, um die dann wieder als Sparstrumpf nutzen zu können? Oder nicht?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ich kann Sie schlecht verstehen, Herr Eiskirch. Könnten Sie ein bisschen langsamer sprechen?

Thomas Eiskirch (SPD): Das würde ich gerne tun. Entschuldigen Sie bitte, dem Husten sei es gezollt.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Etwas ruhiger, dann geht es besser.

(Gisela Walsken [SPD]: Wer soll ruhiger sein?)

Thomas Eiskirch (SPD): Welches Sprechtempo ist Ihnen genehm, Herr Finanzminister? Ist es so in Ordnung?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ich kann Sie schlecht verstehen, Herr Eiskirch. Es mag auch an der Akustik liegen.

Thomas Eiskirch (SPD): Ich werde mir Mühe geben. Entschuldigen Sie bitte, die Stimme ist heute etwas belegt.

Sie hatten gerade gefragt, wie es sein könnte, dass man, wenn man beim BLB Geld hineinnimmt

und den BLB freistellt, das als Sparstrumpf bezeichnen könnte. Ich wollte nur wissen, ob Sie in der Kenntnis sind, dass man, wenn man es freigestellt hat, auf bestehendes Vermögen erneut Schulden aufnehmen kann und es somit durchaus als Sparstrumpf zu bezeichnen ist. Ich wollte diese Kenntnis nur nachfragen. Ich danke Ihnen recht herzlich. Ich hoffe, dass sowohl Sprechgeschwindigkeit als auch Verständnis nunmehr ausreichend waren.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Auch da irren Sie, Herr Eiskirch. Wenn Sie sich einmal die Gründungsgeschichte des BLB und alle Vorschriften, die dazu von Ihrer Regierung erlassen wurden, ansehen, dann werden Sie feststellen, dass er diese Schulden nur aufnehmen darf, wenn er bestimmte Investitionen tätigt, nicht, um uns irgendwelches Geld in den Haushalt zu schieben.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Aber vielleicht kapiieren Sie das noch, wenn Sie das alles lesen.

(Beifall von der CDU - Zurufe von Carina Gödecke und Ralf Jäger [SPD])

Frau Walsken, nur ein letztes Wort. Frau Walsken, Sie haben behauptet, Sie hätten immer verfassungskonforme Haushalte vorgelegt. Ich hatte mich bei meiner Einbringungsrede zwar bemüht, Ihnen klar zu machen, dass Sie das nur formal so gemacht haben. Nehmen Sie einmal den Haushalt 2003. Sie können wirklich niemandem in dieser Republik erklären, dass es, wenn Sie ihn mit 3,7 Milliarden € Verschuldung einbringen und bei 6,6 Milliarden € landen, irgendetwas mit Verfassungskonformität schon bei der Aufstellung zu tun gehabt hätte. Sie haben diesen Haushalt getürkt, um es klar und deutlich zu sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Finanzminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Walsken?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Gerne. Bitte schön.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Frau Walsken.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Es wird immer schlimmer!)

Gisela Walsken (SPD): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Ich werde mich bemühen, laut, klar und langsam zu sprechen, Herr Finanzminister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ich kann Sie auch sehr viel besser verstehen.

Gisela Walsken (SPD): Vielleicht liegt das daran, dass wir im engeren Kreis sind, während die anderen Kollegen in den anderen Runden sitzen.

Zum Haushalt 2003: Sie wissen, dass wir zusätzliche neue Schulden ausschließlich - ich betone sehr langsam: ausschließlich - dafür aufgenommen haben, um das, was an Steuereinnahmen aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtlage der Bundesrepublik nicht einkam, auszugleichen. Dafür haben wir uns erlaubt, die Verfassungsgrenze zu überschreiten; für nicht mehr und nicht weniger; nicht ein Euro mehr an Ausgaben für politische Wohltaten, Spielwiesen und Sonstiges. Herr Finanzminister, ich frage Sie: Ist Ihnen das mittlerweile bekannt?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Walsken, mir kommt es auf das Ergebnis an. Ob Sie das für Spielwiesen oder sonstige Geschichten ausgegeben haben, will ich hier nicht konstatieren, sondern ich stelle nur fest, dass Sie in den letzten Jahren permanent die Einnahmesituation zu hoch und die Ausgabenseite zu niedrig eingeschätzt haben.

(Beifall von der CDU)

Und das ist Ihr Versäumnis gewesen. Das können Sie nicht mit Überraschungen aus dem Haushaltsvollzug erklären.

Ich darf Ihnen zu der letzten Bemerkung, die Sie gemacht haben, dass Sie immer verfassungskonforme Haushalte vorgelegt haben, nur Folgendes sagen: Wir werden uns an dieser Zahlenakrobatik, die Sie betrieben haben, nicht mehr beteiligen. Deshalb habe ich auch so lange Ausführungen zur Verfassungsmäßigkeit eines Haushaltes und zum Einhalten der Verfassungsobergrenze vorgelegt. Sie haben heute nicht wiederholt, dass Sie nach Münster gehen wollen. Ich nehme an, Sie werden es sich noch überlegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister, es gab noch Zwischenfragen von Frau Freimuth und Herrn Witzel. Würden Sie das vielleicht auch noch aufnehmen?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Bitte schön.

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Freimuth, bitte.

Angela Freimuth (FDP): Stimmen Sie mir zu, dass es sich um einen ausgeglichenen Haushalt handelt, wenn Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht stehen, und dass die Verfassungsobergrenze, Kredite oder Schulden des Landes zu machen für Investitionen, ein Ausnahmetatbestand ist und nicht der Regelfall sein sollte, sondern lediglich die Verfassungswidrigkeit beschreibt? Ich frage Sie, ob Sie meine Meinung teilen, dass wir wieder dazu übergehen müssen, nach Möglichkeit gar keine Schulden zu machen, sondern die Ausgaben, und zwar alle, auch die Investitionen, mittel- bis langfristig wieder aus den Einnahmen zu decken?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja, ich teile Ihre Ansicht. Das Ziel muss ein ausgeglichener Haushalt sein, das heißt, einer, der ohne Netto-neuverschuldung auskommt. Das verstehe ich unter ausgeglichen. Das ist ein Ziel, von dem wir weit entfernt sind. Die Bayern versuchen, es im nächsten Jahr hinzubekommen. Ich schätze, wir brauchen - vorsichtig - sicherlich acht bis zehn Jahre dafür. Das ist das Ziel, von dem wir so weit entfernt sind, weil Rot-Grün diese verheerende Politik in 39 Jahren gemacht hat. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Linssen.

Ich komme jetzt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/300** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dieser Gesetzentwurf einstimmig überwiesen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt

4 Fragestunde

Drucksache 14/474

Die Fragesteller der **Mündlichen Anfragen 8 und 11** aus der Fragestunde vom 1. September 2005 haben sich inzwischen mit einer **schriftlichen**